

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Berlin 1,50 M., im voraus zahlbar, von der Expedition sechs abwärts 1,20 M. Für den Bezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Drucklegung für Deutschland und Österreich 1,50 M., für das übrige Ausland 2,50 M., jährlich Vorbestellung, per Brief für Deutschland und Österreich 30,- M., für das übrige Ausland 50,- M. Redaktionen, Expeditionen und Verlag: Berlin S. 2, Breite Straße 2-3.

Die abgesetzten Kompartiments oder deren Raum kostet 1,- M., einschließlich Feuerungsgebühr. Kleinanzeigen: Das fertige Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Feuerungsgebühr. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4510 4003, 4635, 4642, 4922.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Vor dem Parteitag

Sitzung der leitenden Körperschaften

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“)

Halle, 11. Oktober.

Heute nachmittag hielt das Zentralkomitee in Gemeinschaft mit Beirat und Kontrollkommission eine Sitzung ab, um die letzten Vorbereitungen für den Parteitag zu treffen. Nach vorläufigen Feststellungen sind bisher 220 Befürworter und 158 Gegner der Bedingungen als Delegierte anwesend. Von der Reichstagsfraktion sind etwa 60 Gegner der Bedingungen, der Rest Befürworter. Aus einer Anzahl Bezirke liegen Proteste vor; sie sind zum Teil damit begründet, daß keine Urwahl stattgefunden hat. Andere Bezirke führen Beschwerde, daß bei der Wahl der Delegierten das Verhältniswahl-system nicht angewendet wurde. Aus Württemberg liegt ein Protest gegen den bekannten Gewaltstreich der Befürworter der Bedingungen vor, der dort die Spaltung der Partei hervorgerufen hat.

Entgegen den bisherigen Abmachungen der drei obersten Körperschaften der Partei, wonach als erster Punkt der Tagesordnung die Frage der Internationale behandelt werden sollte, verlangten in der Sitzung die Befürworter der Bedingungen, daß zuerst das Zentralkomitee einen Geschäftsbericht erstatten soll. Die Entscheidung darüber soll dem Parteitag überlassen bleiben. Heute abend wurde im „Volkspart“ eine sehr stark besuchte Begrüßungsfeier für den Parteitag veranstaltet.

In letzter Stunde

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“)

Halle, 11. Oktober.

Im „Volksblatt für Halle“ stellt sich Genosse Paul Hennig, der leitende Redakteur des Blattes, in einem Leitartikel zur Begrüßung des Parteitages unbedingt auf den Boden des Antrages Rosenfeld-Kunert. Er gebe die parlamentarische Antragsform für das, was Genosse Hennig seit Bekanntwerden der Bedingungen unablässig gefordert habe. Der Artikel schließt:

„Mit allem Ernst und Nachdruck, dem uns unser Gewissen diktiert, mahnen wir die Delegierten ein letztes Mal, nicht eine rasche Entscheidung auf Belegen oder Brechen herbeizuführen, sondern erst den Weg gemeinsam durchzuarbeiten zur dritten Internationale zu gehen. Erst wenn alle Möglichkeiten des Antrages Rosenfeld-Kunert erschöpft sind, — dann mag das Verhängnis über uns hereinbrechen, dessen zerstörende Gewalt und zermalmende Wucht heute noch kein Hirn auszubedenken fähig ist. Die Spaltung der Partei zerschneidet dem deutschen sozialistischen Proletariat die Lebensader. Es ist ein Verbrechen an der Arbeiterklasse, das tödlich ist.“

Das grauenhafte Chaos in letzter Stunde abzuwenden — es wäre eine beispiellose gewaltige historische Tat! Nur ein von tiefster geschichtlicher Erkenntnis und höchster sozialistischer Willenskraft getragener Parteitag ist fähig, edler Leistung fähig. Mag er Größe zeigen und bewähren — das ist unser wünschenswertes Glück an den Parteitag!“

Spaltung am Niederrhein

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Düsseldorf, 11. Oktober.

Der Parteitag der U. S. P. für den Niederrhein tagte am 10. und 11. Oktober im Ständehaus in Düsseldorf. Die aus Befürwortern der 21 Bedingungen bestehende Mehrheit änderte sofort die Tagesordnung, wonach der Punkt Internationale als erster Punkt behandelt wurde. Nach dem Referat von Breitscheid gegen und Kalzahn für die Bedingungen wurde, nachdem nur einige Redner zur Diskussion gesprochen hatten, ein Schlußantrag angenommen. Dieser Resolution, die den bedingungslosen Anschluß fordert, wurde mit Mehrheit zugestimmt. Vor dieser Abstimmung wurde das Organisationsstatut durch Beschluß geändert, indem einer großen Anzahl von Kongreßteilnehmern das Stimmrecht entzogen wurde. Die Genossen Braß und Obach, die den Standpunkt vertraten, den Anschluß an Moskau nur unter Aufrechterhaltung der Selbständigkeit der Partei zu vollziehen, wurden durch Beschluß verhindert, ihren Standpunkt zu vertreten; sie seien zu den Gegnern der Bedingungen zu rechnen.

Nach Erstattung des Geschäftsberichts reichten Obach und Genossen eine Resolution ein, die unter Bezugnahme auf den Bericht der Bezirksleitung die Annahme der 21 Bedingungen als im Gegensatz mit dem Leipziger Aktionsprogramm stehend bezeichnet und zum Ausdruck bringt, daß, wer den Boden des Aktionsprogramms verläßt, sich außerhalb der Partei stellt. Diese Resolution wurde überhaupt nicht zur Abstimmung

gebracht. Daraus stellten die Gegner der 21 Bedingungen durch Berten-Düsseldorf in der Geschäftsordnung die bestimmte und konkret gefasste Frage, ob die Mehrheit des Parteitages gelassen sei, die Artikel 17, 21 usw. der Bedingungen durchzuführen und die Namensänderung der Partei nach der Auslegung Kalzahns, daß sich die U. S. P. mit der K. P. D. zu vermischen habe, vornehmen wolle. Diese Frage wurde nicht beantwortet. Nachdem Braß in seinem Schlußreferat unter Bezugnahme auf diese Frage erklärt hatte, die Bedingungen könnten durch die russischen Genossen anders ausgelegt werden als durch Crispian und Dittmann, ferner daß der Parteitag eine Plattform finden werde, die insbesondere die Selbständigkeit der Partei wahre, stellten die Gegner sofort den Antrag zur Geschäftsordnung, daß die weiteren Verhandlungen unseres Parteitages bis nach dem allgemeinen Parteitag ausgesetzt sind. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Ein Antrag, die Mitgliedschaften durch Urwahl zu befragen, wurde gleichfalls abgelehnt. Es war damit für die mehrfach vergewaltigte Minderheit klar, daß die Mehrheit des Parteitages unter Führung der Mitglieder die Partei mit allen ihren Einrichtungen ins kommunistische Fahrwasser leiten wollte. Im Namen der Gegner der Bedingungen gab darauf Sauerbrey-Barmen folgende Erklärung ab:

Der Parteitag hat das Organisationsstatut der Partei gebrochen. Durch Annahme der 21 Bedingungen hat die Mehrheit des Parteitages den Boden des Aktionsprogramms verlassen und sich damit außerhalb des Rahmens der Partei gestellt. Der Parteitag hat damit kein Recht mehr, im Namen der U. S. P. zu sprechen und zu beschließen.

Der Aufforderung, den Bezirksparteitag der U. S. P. bei 114, Jahnstraße, fortzusetzen, leisteten mit der Mehrheit des Bezirksvorstandes die Gegner der 21 Bedingungen Folge.

Der Bezirksparteitag wurde daraufhin unter Leitung von Sauerbrey und Berten fortgesetzt und die notwendigen organisatorischen, agitatorischen und politischen Maßnahmen besprochen. Eine Fortsetzung des Bezirkstages findet nach dem allgemeinen Parteitag am 17. Oktober in Düsseldorf statt.

Italien und Moskau

Reggio (Emilia), 11. Oktober.

Bei einer Versammlung der Fraktion für sozialistische Konzentration, an der etwa 300 Delegierte, darunter 25 Kammermitglieder teilnahmen, hielt Modigliani eine Rede, in der er erklärte, die Partei müsse mit den gegebenen Tatsachen rechnen und an der Regierung teilnehmen. Sie dürfe nicht die Mitwirkung derjenigen zurückweisen, die sich erbieten, ihr zu helfen, selbst wenn sie nicht eingeschriebene Parteimitglieder sind. Das erste Ziel sei eine Agrarreform unter dem Gesichtspunkte, die Ernährungsschwierigkeiten zu überwinden. Die Massen müßten dem Maximalismus entrisen werden, der Hunger, Elend und Rückschritt bedeute. (Lebhafte Beifall.)

In der Nachmittagsitzung der Vereinigung für Zusammenschluß der Sozialisten sagte Turati u. a.: Unsere Abgeordneten in Rußland hatten nicht das Recht, sich oder die ganze Partei auf die 21 Moskauer Bedingungen festzuliegen; der Bolschewismus ist ein Irrtum oder eine Gefahr. Sorgen wir für den wirklichen und unveränderlichen Sozialismus! (Beifall.) Mondolfo erklärte, nur wenn die Widerstände nicht anders zu überwinden seien, dürfe Gewalt gebraucht werden. Cicotti erklärte, die in Rußland gemachten Erfahrungen schloßen die Anwendung des Moskauer Verfahrens auf Italien aus. Daragona, der aus Rußland zurückgekehrte Sekretär des Allgemeinen Arbeiterverbandes, sagte, am Tage nach einer Revolution würde Italien nur noch aus Millionen Ausständiger bestehen. In die Parteileitung richte er die Frage, warum sie also die Massen ins Verderben führen wolle. Er trete für eine sozialistische Regierung ein. Baldeci erklärte, bei Begründung einer gemeinsam mit Daragona und anderen eingebrachten Entschliebung, man müsse den Moskauer Bedingungen ein wahrhaft sozialistisches Programm entgegenstellen.

Eine Stimme aus Norwegen

Christiania, 9. Oktober.

In einem Vortrag über die Moskauer Punkte erklärte sich der Vorsitzende der Landesorganisation der Gewerkschaften, der Starthingabgeordnete Ole D. Lian, mit größter Schärfe gegen die Punkte bett. den bewaffneten Aufstand und die Notwendigkeit für die Arbeiterparteien aller Länder, den Bürgerkrieg zu beginnen, um die Prinzipien des Sozialismus durchzuführen. In der Weise, wie die Punkte gefordert würden, wären sie mit der Organisationsform der Arbeiterorganisationen unvereinbar. Die norwegischen Arbeiter würden sich außerhalb der dritten Internationale halten, bis die Verhältnisse derartig würden, daß eine internationale Organisation auf breiter sozialdemokratischer Grundlage geschaffen werden könne.

Die Ausschlußbedingungen

Von Kurt Rosenfeld.

In der Diskussion über den Eintritt der U. S. P. D. in die 3. Internationale spielen mit Recht die Artikel 7, 13 und 21 der Aufnahmebedingungen eine große Rolle, in denen der Ausschluß vieler Parteigenossen gefordert wird. Der Inhalt dieser Bestimmungen ist eigentlich ganz klar. Artikel 7 verpflichtet „die Parteien, die der kommunistischen Internationale anzugehören wünschen, den vollen Bruch mit dem Reformismus und mit der Politik des Zentrums anzuerkennen“. Dann heißt es weiter, daß die kommunistischen Internationale nicht damit abzufinden vermag, daß notorische Opportunisten, wie sie jetzt durch Turati, Kautsky, Hilferding... repräsentiert werden, das Recht haben sollen, als Angehörige der 3. Internationale zu gelten. Nach Artikel 13 müssen die kommunistischen Parteien von Zeit zu Zeit Säuberungen (neue Registrierungen) des Bestandes ihrer Parteioorganisationen vornehmen, um die Partei von den sich in sie einschleichenden kleinbürgerlichen Elementen systematisch zu „säubern“. Schließlich fordert Artikel 21, daß diejenigen Parteimitglieder, und namentlich die Delegierten des Parteitages, welche die von der kommunistischen Internationale aufgestellten Bedingungen und Leitfäden grundsätzlich ablehnen, aus der Partei auszuschließen sind.

Danach sollen ganze Kategorien von Parteigenossen von vorne herein und andere von Zeit zu Zeit aus der Partei hinausgeworfen werden. Trotzdem dies mit brutaler Offenheit ausgesprochen wird, begegnet man immer wieder Genossen, die auch von diesen Ausschlußbedingungen behaupten, sie ständen nur auf dem Papier und seien nicht ernst zu nehmen. Solche Behauptungen sind um so verwunderlicher, als vor gar nicht langer Zeit die K. P. D. ganz nach Moskauer Rezepten verfahren ist. Hat sie doch die Opposition, die sich gegen die Zentrale der K. P. D. in dieser Partei gebildet hatte, einfach ausgeschliffen, als diese Opposition auf dem damals bevorstehenden kommunistischen Parteitag eine Mehrheit zu werden drohte. Ein einfaches Rezept! Eine der Parteileitung unbecommene Opposition wird durch dieselbe Parteileitung kurzerhand entfernt. Wenn so die deutsche Sektion der kommunistischen Internationale verfährt, so kann man wohl mit Fug und Recht behaupten, daß ein solches Verfahren von dem Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale gebilligt wird. Dann aber sind auch die Paragraphen 7, 13, 21 der Ausschlußbedingungen gar nicht ernst genug aufzufassen.

Ein Teil der Parteipresse brachte kürzlich die Nachricht, daß Moskau bereits eine Prospektionsliste der aus der Reichstagsfraktion auszuschließenden Abgeordneten aufgestellt habe; es hieß, daß von den 81 Genossen nur etwa 20 von dem hohen Tribunal in Moskau Gnade gefunden hätten. Auch diese Nachricht ist nicht unwahrscheinlich. Trifft sie zu, so zeigt sich das Unmögliche solcher Bedingungen; denn es wäre für die deutschen Parteioorganisationen einfach unerträglich, daß die deutsche Parteileitung oder gar das Exekutivkomitee in Moskau das Recht haben soll, einem Abgeordneten das Mandat zu nehmen, auch dann, wenn die Parteigenossen selbst eben erst durch die Aufstellung eines Genossen als Kandidat gezeigt haben, daß sie diesem Abgeordneten vertrauen.

Einen neuen Beitrag zur Beurteilung der Ausschlußbedingungen liefert die „Rote Fahne“ vom 8. 10.) durch einen Artikel, in dem sie Stellung nimmt zu dem Aufruf „Für die Einheit der Partei“, der dieser Tage durch die Parteipresse ging. Man könnte über das hilflose Geschimpfe der „Roten Fahne“, die die Unterzeichner des Aufrufs als „schwankende Elemente“, „Leuchten des Opportunismus“, „wackelnde Opportunisten“ bezeichnet, achlos hinweggehen. Schließlich gewöhnt man sich auch daran, daß die großen Namen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am Kopfe dieses Blattes nicht ausreichen, um auch nur ein gewisses geistiges Niveau der Zeitung zu garantieren. Aber leider müssen wir uns mit dem Artikel der „Roten Fahne“ jetzt, bei den Auseinandersetzungen über den Anschluß an die kommunistische Internationale, beschäftigen, weil die „Rote Fahne“, das Zentralorgan der kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der kommunistischen Internationale) ist. Nach den für diese Partei geltenden Statuten der kommunistischen Internationale muß angenommen werden, daß nicht nur die Zentrale der K. P. D., sondern auch das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale hinter den in der „Roten Fahne“ vertretenen Anschauungen steht.

So schreibt das Zentralorgan der K. P. D. zu dem von uns zur Erhaltung der Einheit der Partei gemachten Vorschlage: „Kommunistisch kann die U. S. P. nur dann werden, wenn sie nicht nur Formalerklärungen abgibt, sondern in ihrer täglichen Politik die Grundfäden der 3. Internationale befolgt. Dazu ist vor allem eine reinliche Scheidung von den Crispian und Hilferding und auch von den Rosenfeld und Kunert, die in ihrer radikalen Phrasologie und praktischen Impotenz noch gefährlicher als die äußerste Rechte sind, notwendig.“

Da die „rote Fahne“ uns in demselben Artikel als „linke“ U. S. P.-Führer bezeichnet, so ergibt sich, daß man sich nicht damit begnügen will, die „rechten“ Flügel der U. S. P. zu beseitigen und das „Zentrum“, den Sumpf aus der Partei zu entfernen. Man geht jetzt einen Schritt weiter und will auch die „linken“ U. S. P.-Führer ausschließen. Das ist die Konsequenz, wenn man mit dem Ausschluß mißliebiger Genossen zu drohen beginnt.

Nur bei sehr oberflächlicher Betrachtung der Dinge ist die Auffassung möglich, daß durch formale Ausschlußbedingungen die Revolutionierung der Massen gefördert wird. Selbst die Genossin Klara Zetkin schrieb zu den Aufnahmebedingungen: „Allein in den Bedingungen tritt die formal-organisatorische Seite recht breit und ausdringlich vor deren Wesen, vor den politisch-geschichtlichen Inhalt“. Genossin Zetkin warnt auf Grund ihrer genauen Kenntnis der parteihistorischen Entwicklung überhaupt vor einer Diktatur der Führer, denn sie schreibt:

„Träger der revolutionären Aktionen der kommunistischen Internationale können ja nicht Massen sein, die zu Arbeit und Kampf befohlen, die sich gebenden und willenlos einem Kommando von oben unterwerfen, sondern nur Millionen, deren Erkenntnis in freiem Willen und in freier Disziplin Tat- und Opferbereitschaft wird.“

Massen, die aus freiem Willen und in freier Disziplin ihre Führer erwählt haben, können und werden niemals die Träger ihres Vertrauens auf ein Diktat von Moskau aus der Partei hinauswerfen.

Schließlich zeigt die Resolution, die die Genossen Däumig und Schäfer dem Parteitag vorlegen, wie die Ausschlußbedingungen durchgeführt werden sollen. Nach dieser Resolution soll die Zentralkommission beauftragt werden, „den Anschluß unserer Partei bei der Exekutive zu vollziehen und sie um die Einleitung von Verhandlungen zur Schaffung einer einheitlichen deutschen Sektion der kommunistischen Internationale zu erforschen“. Da die U. S. P. bereits jetzt, kurz vor unserem Parteitag, Sektion der kommunistischen Internationale geworden ist, und da nach den Beschlüssen der Komm. Int. in jedem Lande nur eine Partei der 3. Internationale angehören kann, so führt auch der von Däumig und Schäfer der Partei gewiesene Weg nur über die Verschmelzung mit der Deutschen kommunistischen Partei zur kommunistischen Internationale. Damit wird völlig in die Hand der U. S. P. gegeben, welche Genossen, welche Führer, welche Parteitage-delegierte die Türen dieser Partei und die Pforten der 3. Internationale offen finden werden.

Die Ausschluß-Anschlußbedingungen sind für denkende, für revolutionäre Sozialisten unannehmbar.

Kein Mittelweg!

Wie die Anschlußbeschwörer zu dem Vorschlag stehen, den Genosse Rosenfeld und andere dem Parteitag gemacht haben, ergibt sich aus folgender Erklärung, die durch die Korrespondenz Genex verbreitet wird:

„Die Genossen Rosenfeld, Knauf, Kunert, Löwenstein, Obuch, Scholz, Mathilde Wurm veröffentlichen einen Aufruf für die Einheit der Partei. Sie verlangen, daß der Parteitag von Halle eine klare Entscheidung für oder gegen vermeiden und einen Mittelweg einschlagen solle. Ohne den Willen der lieben Genossen zu nahe zu treten, muß folgendes festgestellt werden: Als in Leipzig die Frage der Internationale entschieden werden sollte, drohte die Rechte der Partei mit der Spaltung (?). Eine klare Entscheidung wurde vermieden. Heute, nach einem Jahre, soll um der Abwendung der Spaltung willen, abermals ein klarer Beschluß vermieden werden. Das würde im Effekt neue Verzögerung bedeuten, was einer Entscheidung gegen den Anschluß gleichkommt. Heute gibt es keinen Mittelweg. Ein jeder politischer Versuchungsversuch rächt sich. Nach den Erfahrungen von Leipzig gibt es heute nur ein Entweder — Oder. Kein Kompromiß ist mehr möglich, sondern nur eine klare Entscheidung.“

Einige Fragen

Von einem Genossen wird uns geschrieben:

Um auf dem Parteitag in Halle die Zeit nicht unnützlich mit schon gedruckten Nebensachen zu verstreuen und um es jedem Delegierten zu ermöglichen, nach sachlicher und wahrheitsgemäßer Klärung sein Urteil so faßlich zu fällen, daß er es vor seinen Genossen und seinem Gewissen voll verantworten kann, erlauben wir uns, an die zu erwartenden Genossen des Exekutivkomitees der 3. Internationale folgende Fragen zu richten:

1. Hat das Exekutivkomitee nach Annahme der Bedingungen das Recht, den angeschlossenen Parteien der einzelnen Länder bei irgendwelchen Ereignissen ultimativ die Pflicht aufzuerlegen, bestimmte Aktionen vorzunehmen?
2. Begrüßt oder verurteilt das Exekutivkomitee das Verhalten derjenigen Genossen, die auf dem Standpunkt der revolutionären Symmetrie stehen und glauben, daß nur durch dauernde blutige Niederlagen das Proletariat zum Siege geführt werden kann?
3. Wie steht das Exekutivkomitee zur abscheulichen Abscheulichkeit, zum Kriege? Darf ein Krieg nach seiner Auffassung nur nach Scheitern aller Verhandlungen und Verhandlungsmöglichkeiten unternommen werden? Oder sind unter Umständen — wenn der Zweck der Mittel heilig — Angriffs- und Präventivkriege erlaubt, notwendig oder gar zwingende Pflicht?
4. Wie steht das Exekutivkomitee zum Versailler Friedensvertrag? Ist es der Auffassung, daß er mit Gewalt, d. h. durch einen neuen Krieg geändert werden muß oder geändert werden kann?
5. Verurteilt oder begrüßt das Exekutivkomitee die Bestrebungen, die dahin zielen, Deutschland an der Seite Rußlands in einen Krieg mit Polen und somit der Entente zu ziehen, also einen neuen europäischen Krieg zu entfachen? Ist es der Auffassung, daß ein solcher Krieg dem Sozialismus verboden zu dienen vermag?
6. Begrüßt oder verurteilt das Exekutivkomitee das Verhalten der in Vatu verarmten Genossen „Kommunisten“ der Ostländer, die den heiligen Krieg ausriefen? Billigt insbesondere das Exekutivkomitee den von den „Genossen“ Enver Pascha und Mustafa Pascha begonnenen heiligen Krieg gegen das schon immer unter den muslimannischen Massakreschmer blutende, jetzt souveräne armenische Volk?
7. Begrüßt oder verurteilt das Exekutivkomitee überhaupt, wenn der soziale Klassenkampf durch Hindernisse, im fanatischsten Blutrausch sich wührende Religionskriege verdrängt wird?
8. Will das Exekutivkomitee, daß die örtlichen Organisationen der einzelnen Gewerkschaften sich der Moskauer Gewerkschaftsinternationale anschließen und sich dadurch von der Zentralorganisation trennen? Oder will es nur, daß auf den Verbandstagen die Gesamtorganisationen zum Anschluß bewegt werden?
9. Will das Exekutivkomitee, daß die örtlichen Kartelle sich der Moskauer Gewerkschaftsinternationale anschließen und sich

vom Gewerkschaftsbund loslagern, oder will es nur die Entscheidung des Gewerkschaftskongresses?

10. Will das Exekutivkomitee, daß die Organisationen, die auf ihren Verbandstagen sich für die Moskauer Gewerkschaftsinternationale entscheiden, aus dem Gewerkschaftsbund auscheiden oder daß sie auf dem Gewerkschaftskongress in ihrem Sinne wirken?

11. Will das Exekutivkomitee, daß keine der Moskauer Internationale angeschlossene Gewerkschaft mit gleichberechtigten Gewerkschaften anderer Länder, die der Amsterdamer Internationale angeschlossene sind, in Verbindung treten soll und darf?

12. Bestimmt das Exekutivkomitee, wenn die Bedingungen angenommen werden, daß ein gemeinschaftlicher Parteitag aller der 3. Internationale angeschlossenen Parteien stattfindet, auf dem nach demokratischen Grundsätzen die Parteileitung zu wählen ist? Oder verfügt es den Anschluß an die U. S. P. mit einer Karenzzeit für Kommunisten und bis dahin die Beibehaltung der bisherigen Leitung der U. S. P.?

13. Haben die Delegierten des Exekutivkomitees Vollmacht, die organisatorischen Fragen sofort zu lösen, damit die Aktionsfähigkeit ermöglicht werden kann?

Wir bleiben U.S.P.D!

Die „Magdeburger Volkszeitung“ veröffentlicht einen Aufruf zum Parteitag in Halle, in dem es heißt:

In den nächsten Tagen soll der Parteitag in Halle über den Anschluß an die dritte Internationale beschließen. Der Kampf um den Sozialismus ist ein internationaler Kampf. Wir alle erstreben eine tatkraftige Internationale. Sie muß aber alle Länder und alle revolutionären Parteien umfassen, nicht nur die östlichen, sondern auch die westlichen. Die Bedingungen der dritten Internationale zerschlagen jedoch überall die sozialistischen Parteien. Auch die U. S. P. wird sich leider spalten, weil der Ausschluß eines Teiles der Partei unbedingt verlangt wird. Alle Kämpfer, wie z. B. Ledebour, sollen hinausgeworfen werden. Das geschieht einzig und allein, weil die kommunistische Partei in Deutschland, die bisher durch ihre falsche Politik bei der Arbeiterschaft kein Vertrauen erringen konnte, durch Spaltung der U. S. P. gestärkt werden soll.

Die U. S. P. muß die Bedingungen ablehnen, weil sie durch ihre Annahme auf die so verderblichen kommunistischen Kampfmethoden verpflichtet werden soll. Die Arbeiter müssen in Deutschland den revolutionären Kampf anders führen als in Rußland, weil die Arbeiter sowohl als die Gegner und auch die wirtschaftlichen Verhältnisse hier ganz andere sind. Die U. S. P. muß erhalten und noch mehr gestärkt werden. Das nach Befreiung leuchtende Bollwerk muß sich nur selbst befestigen. Dazu brauchen wir reife, für den Sozialismus begeisterte Massen. Ein Häuflein von einigen Führern kommandierte Kämpfer ist in Deutschland ohnmächtig. Wir müssen deshalb die verhängnisvollen Bedingungen ablehnen und dann von neuem den Zusammenbruch der Proletarier aller Länder herbeiführen versuchen. So erfordert es das Lebensinteresse des internationalen Proletariats.

Wie nun auch die Mehrheit des Parteitages entscheiden mag, eins steht fest: Die U. S. P. bleibt bestehen! Sie hat keine Minute auf zu sein. Auf dem Bezirkstag Magdeburg-Anhalt hat sich die Mehrheit gegen die Moskauer Bedingungen und damit gegen kommunistische Methoden entschieden. Deshalb gibt es für uns kein Weichen. Die „Magdeburger Volkszeitung“ heißt U. S. P. bleibt! Sie wird, den bewährten Grundsätzen der U. S. P. getreu, auch ferner das geistige Rückgehirn der wahrhaft revolutionären Arbeiter sein und sich immer mehr deren Herzen und Hirne eröfnen. Bezirksleitung und Sekretariat der U. S. P. bleiben erhalten! und führen ungestört weiter alle Parteigeschäfte wie bisher. Alle Genossen, die sich nicht von den höchsten Phrasen der Parteiführer betören lassen, mögen sich nach wie vor in allen Organisations- und Agitationsfragen an das Sekretariat wenden. In keiner Ortsgruppe darf die Initiative ins Korn geworfen werden. Genossen und Genossinnen, haltet der Partei die Treue! Nicht Zerstückelung, nicht neue Parteigründung oder Ueberlaufen nach rechts oder links! In der U. S. P. muß jeder an seinen Posten, muß helfen, daß die Organisation und der Geist besser werden, muß neue Kampfgesossen und neue Leser unserer Presse werden. Hinweg mit Selbstzerfleischung und Bruderkampf. Macht durch treue, unermüdete Arbeit die U. S. P. zur revolutionären Massenpartei Deutschlands und ihr werde am schnellsten und sichersten den Sieg des Sozialismus erringen!

Hoch der revolutionäre Sozialismus!

Hoch die Unabhängige Sozialdemokratie!

Der Aufruf ist unterzeichnet vom Bezirksvorstand, den Kreisvorständen, von der Redaktion und Prekommission der „Magdeburger Volkszeitung“, den Reichstagsabgeordneten des Bezirkes Magdeburg und der Stadtratsfraktion. Eine große Anzahl Funktionäre der Magdeburger Großbetriebe schließen sich dem Aufruf an.

Habsburgs Wiederkehr

Die aus Ungarn kommenden Nachrichten verdichten sich immer mehr dahin, daß die Ausrufung des Königreiches nur noch eine Frage der Zeit ist. Wenn bis jetzt dieser Schritt noch nicht erfolgt ist, so liegt es weniger daran, daß den Königsmachern die Ausrufung des Königreiches heute schon als zu gewagt erscheint als vielmehr an der augenscheinlich bestehenden Uneinigkeit über die Person des neuen Königs. Kunmehr aber scheinen die vorhanden gewordenen Hindernisse beseitigt und eine Verständigung dahin erzielt worden zu sein, daß die Habsburger Dynastie wieder auf den Thron erhoben werden soll. So läßt sich das Wiener „Nacht- und Blau“ aus Budapest melden:

Nachdem sich bereits seit längerer Zeit in der französischen Öffentlichkeit eine habsburgische Stimmung bemerkbar gemacht hat, ist in den letzten Tagen halbamtlich die Verständigung erfolgt, daß Frankreich nunmehr nichts gegen die Wiederkehr der Habsburger auf den ungarischen Thron einzuwenden habe. Sonderbarerweise scheint sich auch in Italien eine ähnliche Stellungnahme für die Habsburger vorzubereiten. Dagegen ist man in Budapest selbst noch immer nicht im Klaren darüber, ob die legitime Linie oder eine Seitenlinie auf den Thron kommen soll.

Es ist ganz unbestreitbar, daß die Wiederaufrichtung der Monarchie in Ungarn, wenn sie zur Tatsache wird, eine große Rückwirkung auf die gesamte politische Weltlage haben wird. Die Reaktion festigt sich immer mehr und wenn erst in Ungarn die Republik wieder gestürzt ist, dann werden auch die Königsmacher der anderen Länder die zerstückelten Throne wieder eifriger wie sonst aufzurichten versuchen. Ungarn soll ja offenbar nur ein Versuchsobjekt darstellen.

Es ist geradezu tragisch, daß in diese Zeit des allgemeinen sozialistischen Aufmarsches der Konterrevolution die größten sozialistischen Parteien Europas sich selbst zerreißen und zur teuflischen Freude der Reaktionen ihre eigene Front spalten. Abgesehen von der dadurch hervorgerufenen Selbstzerfleischung des Proletariats, bergen die augenschein-

lichen Zerlegungskämpfe innerhalb der sozialistischen Parteien auch deswegen ernste Gefahren, weil sie die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft von ihrem natürlichsten Feind ablenken. Die Weltreaktion nützt die ihr hierdurch geschaffene Bewegungsfreiheit jedenfalls restlos aus.

Das Flume des Ostens

Zur Besetzung Wilnas durch Polen.

Wie wir schon im Montagabendblatt mitgeteilt haben, hat sich der polnische General Zeligowski mit seinen gesamten Unterkommandos und Truppen von der polnischen Obersten Heeresleitung losgelöst und eigenmächtig Wilna besetzt. Zeligowski hat damit die zwischen der polnischen und litauischen Regierung festgesetzte Waffenstillstandslinie überschritten, wie er sagt, zum Schutz des Selbstbestimmungsrechtes der Polen, die in Wilna und Umgebung leben.

Zeligowski ist in Wilna vom französischen Gouverneur empfangen worden. Der französische Gouverneur hat dem polnischen General vorge schlagen, aus Wilna eine freie Stadt zu machen. Zeligowski hat aber diesen Vorschlag abgelehnt.

Der Vorstoß des polnischen Generals stellt eine Wiederholung des Abenteuerzuges des Dichter-Generals D'Annunzio gegen Fiume dar. D'Annunzio hat durch seinen Gewaltstreich vollendete Tatsachen geschaffen, denen sich wohl oder übel der Oberste Rat hat beugen müssen. Das gleiche Ziel streben zweifellos Zeligowski und die hinter ihm stehenden polnischen Nationalisten an. Die Entente hat zwar erst vor kurzem Litauen vor der polnischen Begehrlichkeit geschützt, ob sie aber imstande sein wird, die Polen aus Wilna zu vertreiben, muß sehr bezweifelt werden. Truppen kann sie wegen Wilna nicht in Bewegung setzen, und der diplomatische Druck wird einem siegreichen Staat gegenüber, wie es Polen jetzt ist, wenig nützen.

Die Besetzung Wilnas ist auch für Deutschland von Bedeutung. Polen versucht Litauen nach Möglichkeit zu schwächen, damit kein starker Staat zwischen Deutschland und Rußland liegt, der einmal auch gegen den Willen Polens als Brücke zwischen den beiden Ländern dienen könnte. Durch die Besetzung Wilnas ist Litauen noch mehr eingeschnürt als es schon war und dadurch zum ohnmächtigsten der ohnmächtigsten russischen Randstaaten geworden. Das Chaos, das nur geschaffen ist, ist das logische Ergebnis der deutschen Randstaatenpolitik, die Folge von Prest und Versailles. Wenn Wilna in polnischen Händen fliehe, würde damit seine Vormachtstellung im Osten zum Schaden Europas für längere Zeit gestiftet sein.

Der polnische Gewaltstreik

Kowno, 11. Oktober.

Die litauische Tel.-Agentur teilt mit: Als polnische Truppen von ihrer maßlosen Kampfzier getrieben, in die litauische Hauptstadt eindringen, bemächtigte sich nicht nur der Litauer, sondern auch der dort weilenden Ausländer eine Empörung über solches Nichteinhalten des Friedensvertrages. Die Ententevertreter haben der sogenannten Zentralkommission Litauens schriftlich ihren scharfen Protest ausgedrückt und ausdrücklich erklärt, daß die Ententevertretungen in Litauen keine andere Regierung anerkennen würden als die in Kowno weilende verfassungsmäßige litauische Regierung. Heute ist ein Extrazug nach Wilna abgejagt worden, um die in Wilna zurückgebliebenen ausländischen Missionen nach Kowno abzuholen.

Die Rigaer Waffenstillstandsbedingungen

Da. Riga, 11. Oktober.

Die Bedingungen des russisch-polnischen Waffenstillstandes sind kurz zusammengefaßt folgende: 1. Die Feindseligkeiten sind 144 Stunden nach Unterzeichnung der Friedenspräliminarien einzustellen. 2. Beide Armeen haben die besetzten Gebiete jenseits der Waffenstillstandslinie zu räumen. 3. Die Räumung beginnt 24 Stunden nach Annahme des Waffenstillstandes. 4. Keinerlei ziviles oder militärisches Eigentum noch Angehörige der Bevölkerung, dürfen verschleppt werden. 5. Diese Punkte sind ebenso von der polnischen wie von der roten Armee zu beobachten. 6. Derselbe der Waffenstillstandslinie wird eine neutrale Zone von 30 Kilometer geschaffen. 7. Die Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen liegt einer Militärkommission mit besonderen Vollmachten ob. 8. Eine gemischte Militärkommission wird die Aufrechterhaltung der Waffenstillstandsbedingungen zu überwachen haben. 9. Zwischen beiden Armeen darf während des Waffenstillstandes keinerlei Verbindung unterhalten werden. 10. Jede Person, die die vorerwähnten Bedingungen verletzt, kann zum Kriegsgefangenen gemacht werden. 11. Der Waffenstillstand wird 25 Tage dauern, doch kann er von der einen oder anderen Partei nur mit 30-tägiger Frist gekündigt werden. Nach Ablauf der 25 Tage verlängert sich der Waffenstillstand automatisch, und von diesem Augenblick an bedarf es zu seiner Kündigung einer Frist von zehn Tagen.

Die Sekretariate der russisch-ukrainischen und der polnischen Delegationen in Riga teilen mit: Am 8. Oktober, 11 Uhr abends wurde festgestellt, daß redaktioneller Schwierigkeiten halber die Punkte des Waffenstillstandes und Präliminarfriedensvertrages nicht endgültig formuliert werden konnten. Die Unterschriftung konnte deshalb am verabredeten Tage nicht erfolgen. Jetzt Punkte des Vertrages sind indes bereits formuliert und beide Delegationen zweifeln nicht daran, daß die Formulierung der übrigen Punkte in kürzester Zeit erfolgen und die Unterzeichnung des Waffenstillstandes und Präliminarfriedensvertrages stattfinden wird.

Diese offizielle Mitteilung trägt die Unterschriften der Sekretäre der beiden Delegationen.

Ergebnis der Waffenabgabe in Groß-Berlin. Nach einer Meldung der Telegraphen-Linien betragen die festgestellten amtlichen Ziffern für die Waffenabgabe im Landespolizeibezirk Groß-Berlin: 34 500 Gewehre, 1004 Maschinengewehre und Maschinenpistolen und 1 000 000 Schusswaffenmunition; außerdem wurden 2 Kanonen kleineren Kalibers abgeliefert. Nach Versicherung der zuständigen Stellen entspricht die Waffenabgabe durchaus den Erwartungen.

Die Sowjet-Regierung an das französische Proletariat. In einem Aufruf an die französische Arbeiterschaft wendet sich die Sowjet-Regierung gegen die feindselige Politik Frankreichs. Starke französische Kräfte seien in Konstantinopel versammelt, um gegen Sowjet-Rußland in den Krieg zu ziehen. Ebenso sei die Anwesenheit der französischen Flotte im Schwarzen Meer eine Bedrohung der Sowjet-Republik.

Türkische Offensive gegen Armenien. Nach den letzten aus Kleinasien eingetroffenen Nachrichten, haben die türkischen Nationalisten eine Aktion gegen Armenien eingeleitet. Die Armenier sollen bereits mehrere Städte verloren haben und scheinen sich in einer kritischen Lage zu befinden.

Kaukasien, Gesandter für Georgien. Wie B. V. K. aus politischem Kreise erfahren, ist der Ministerialdirektor des Auswärtigen Amtes Ulrich Kaucher zum Gesandten bei der sozialistischen Republik Georgien ernannt worden.

Parteitag der Rechtssozialisten

(Eigene Drahtmeldung der Freiheit)

Cassel, 11. Oktober.

Sonntag abend wurde die Tagung mit den Reden zweier Casseler eröffnet. Oberbürgermeister Scheidemann und der alte Pfannkuch grüßten allerlei Erinnerungen aus der alten Casseler Arbeiterbewegung aus. Schon in diesen Eröffnungstreden aber wurde das Thema angeschlagen, das dann immer wiederkehrt, die Wahrung der Einigkeit der sozialdemokratischen Partei gegen das abweichende Beispiel des kommenden Halleischen Parteitages der U. S. P.

Zu Vorkäufenden wurden zwei Ex-Reichsfanzler, Müller und Scheidemann, bestellt.

Müller begann mit einem Protest gegen den Versailler Frieden und begrüßte dann die fremden Gäste. Belgier und Engländer saßen sich einschuldigen. Stauning, Dänemarle und Engländer-Schweden begrüßten den Parteitag und feierten die starke Sozialdemokratie unter kleinen Seitenhieben gegen die haltende U. S. P. Für die Danziger Sozialisten bringt Frau Wohlgenut Grüße und Freundschaftsbriefe und bittet um Unterstützung. Dasselbe tut Dr. Grell für die Genossen des Saarreviers. Die Tagesordnung wird bestätigt. Doch sollen beim parlamentarischen Bericht neben dem Berichterstatter Hildebrandt Wissel und Schmidt als Referenten für die Wirtschaftsprage sprechen. Wir haben die beiden bereits gemeldet.

Am Montag begann die Sitzung mit einer Begrüßungsrede des Holländers Biegen. Er überbrachte die Grüße der holländischen Partei, bedauerte die Spaltung und erhofft, daß die Sozialdemokratie die Arbeiter wieder einigen werde. Die Sozialisten der Tschcho-Slowakei bedauern, keinen Vertreter entsenden zu können, da sie alle ihre Kräfte zum Kampf gegen die Kommunisten brauchen.

Weis erstattet den

Bericht des Parteivorstandes.

Er feiert die Fortschritte des letzten Jahres und wendet sich in scharfer Polemik gegen den Bolschewismus. Die kommunistische Kriegspolitik würde Deutschland zum Schicksalsschlag Europas machen. Die auswärtige Politik diktiert infolge des Versailler Vertrages die Voraussetzungen der inneren Politik. Die Sozialdemokratie bekämpft den Versailler Vertrag, aber sie erkennt die Pflicht der Wiedergutmachung an und unterscheidet sich dadurch von den Nationalisten. Aber die Wiedergutmachung muß Deutschland ermächtigt werden. Vornehmlich seine Arbeitskraft muß in ihren Dienst gestellt werden. Die Sozialdemokratie hat zu fordern: Revision der Verträge in sozialistischem Sinne, sofortige Inangriffnahme des Wiederaufbaus, einen internationalen politischen Generalstab, der die Aktion nach Grundfragen bestimmt, und sofortige Wiedernahme der Beziehungen zu Rußland, auch unter den Bolschewiken. Die bürgerlichen Parteien nützen sehr in der Regierung ihren Wahlsieg aus. Wir werden wieder einmal in die Regierung kommen und ihnen dann die Säuberung der Beamtenschaft in unserem Sinne nachmachen.

Zur Wirtschaftsprage erklärt Weis, die kapitalistische Initiative habe verlagert und vom Willen der Arbeiter hängt vornehmlich die Lösung ab. Die Bergarbeiter werden ihre Macht ausnützen für die Sozialisierung. Die Gefahren schematischer Verstaatlichung müssen vermieden werden. Die Kernfrage ist die Regelung der Valuta, die nur international möglich ist. Die Bölder müssen sich zur Wiedergutmachung vereinigen.

Partei gibt den Kassenbericht. Die von den Gegnern prophezeigte Massenflucht zur U. S. P. und K. P. D. sei nicht eingetreten. Mit dem Jahreszuwachs von 16800 beträgt die Stärke der Partei 1118200 Mitglieder. Damit ist unsere Partei die stärkste in Deutschland. Die U. S. P. wäre froh, wenn sie die Hälfte hätte. Bedauerlich ist allerdings der Rückgang der weiblichen Mitglieder um 16000. Die Parteipresse liegt von 95 auf 147 Blätter. Die „Neue Zeit“ hat leider an Abonnenten sehr verloren. Kassel werde zum ersten Mal seit 1913 einen Ueberfluß haben. Der Bestand am Jahresabschluss war 215548 M. Dem Vermögen wurden 17887 M. zugeführt. An Beiträgen der Organisationen wurden geleistet 1433366 M.

Hierauf tritt Mittagsspause ein.

In der Nachmittagsitzung beginnt die Debatte.

Ritterfall-München sagt u. a., man müsse sehr vorsichtig sein mit der Aufnahme von U. S. P.-Deuten, wenn die Partei in Halle auseinanderfalle. Die Schreier, die von dort kommen, vertreiben die ruhigen Elemente bei uns.

Cohen-Berlin lehnt sich für die kontinentale Politik ein. Wir müssen eine Verständigung mit Frankreich erstreben, um die Wiedergutmachung zu betreiben. (Starker Beifall.)

Bernstein weist auf die Schwäche der französischen Sozialdemokraten hin, die keinen Einfluß auf die auswärtige Politik Frankreichs haben, weil sie sich durch die Moskaner Lösungen zu einer überherrschenden Politik verleiten lassen. Die Einigung mit der U. S. P. läßt sich nicht forcieren. Zur inneren Einigung ist noch nicht der Zeitpunkt. Die Unabhängigen haben zuviel von Moskau angenommen. Alles was jetzt erreicht werden kann, ist mögliche Objektivität nach links, damit das Bewußtsein erhalten bleibt, daß wir im Grunde eine Familie sind. (Starker Beifall.)

Festig-Chemnitz läßt Kritik am Parteivorstand. Er habe beim Steuerabzug, in der Kartoffelfrage usw. die Initiative vermissen lassen. Der Austritt aus der Regierung müßte erfolgen. Aber die schlimmen Folgen für die Arbeiterinteressen machen es nötig, mit der Regierung Schluß zu machen und durch Neuwahlen Besserung zu erzielen.

Heilmann wendet sich heftig gegen Cohen bzw. die Kontinentalpolitik. Wir dürfen nicht von Frankreich und England sprechen, sondern von Sozialismus und Kapitalismus.

Wolff Braun empfiehlt Cohen eine Kasse in die besetzten Gebiete, damit er sich von der französischen Gewaltherrschaft überzeuge. Aus einer Unterredung mit hervortretenden englischen Arbeiterparlamentariern teilt er mit, daß 1918 Lloyd George unter allen Umständen Frieden mit Deutschland machen wollte neben Aufgabe von Belgien und Ostafrika.

Die letzte Offensive des deutschen Heeres hat diese Möglichkeit geschaffen. Eisenhardt-Hamburg: Bauer hat seiner Zeit gesagt, die Kapp-Putschverräter müßten hart bestraft werden. Das Gegenteil ist eingetreten, so macht man sich lächerlich. Er warnt, über die Kämpfe in der U. S. P. Schadenfreude zu zeigen. — Dann wird die Sitzung geschlossen.

Ausweisung der russischen Gewerkschaftsvertreter

Die Genossen Posowsky und Angelovitch, Mitglieder der russischen Gewerkschaftsdelegation, teilen uns mit, daß ihr Aufenthalt in Deutschland mit dem 14. Oktober beendet ist, so daß sie ihre Arbeiten in Deutschland nicht zu Ende führen können. Es ist ihnen aus diesem Grunde nicht möglich, den zahlreichen aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands von verschiedenen Verbänden und Gewerkschaftskartellen gekommenen Einladungen zu folgen, um dort an den Versammlungen der Gewerkschaften teilzunehmen und in ihnen zu sprechen.

Außerdem wird es nicht möglich sein, die begonnenen Verhandlungen über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland zu beenden, mit deren Führung eine in gemeinsamer Sitzung gewählte Kommission aus Vertretern der russischen Gewerkschaftsdelegation und des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes beauftragt worden war. Die Genossen schreiben dazu:

„Die Russischen Gewerkschaften haben ein lebhaftes Interesse für die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern und für die Kontrolle des Warenaustaus-

ches durch die deutschen Gewerkschaften. Wir werden die von Euch in unserer Sitzung erhaltenen — natürlich nicht ausreichenden — Mitteilungen über die Gründung der Delegationsgewerkschaft an die Gewerkschaften Rußlands weitergeben. Die Verhandlungen aber müßten wir auf eine Zeit verschieben, wo das Auswärtige Amt und die Polizei die russischen Delegierten unbefehligt lassen werden.“

Die russische Delegation muß ihren Aufenthalt in Deutschland abbrechen, weil sie am 9. Oktober aus dem Auswärtigen Amt die Mitteilung erhielt, daß sie sich nur noch bis zum 14. Oktober in Deutschland aufhalten darf, und auch dies nur unter der Bedingung, daß sie nicht mehr in Arbeiterversammlungen auftreten.

Das ist erstens ein Maulkorb und zweitens eine Ausweisung und drittens die Drohung mit dem gewaltsamen Abschub, falls die russischen Gewerkschaftsvertreter sich den Mund nicht würden verbieten lassen. Eine solche Handlungsweise der deutschen Regierung verurteilen wir auf das allerhöchste, denn sie ist unwürdig, lächerlich und dumm. Sie steht im Widerspruch zu den mehrfachen freundlichen Versicherungen der deutschen Regierung, daß sie bereit ist, freundschaftliche Beziehungen zu Sowjetrußland anzubahnen. Wenn Versicherungen der Regierung überhaupt noch Glauben finden sollten in der Arbeiterschaft, — es gibt ja noch Kreise, bei denen das der Fall ist — so wird dieser Glaube hiermit wohl endgültig aufgehört haben zu existieren. Und das schärfste Mißtrauen wird überall in der Arbeiterschaft an seine Stelle treten.

Streik der städtischen Arbeiter in Sachsen

In Chemnitz ist vor einigen Tagen ein Streik der Arbeiter in den städtischen Gas- und Elektrizitätswerken ausgebrochen. Die Ursache ist ein Lohnkonflikt und Verhandlungen sind im Gange. Chemnitz ist ohne Licht und zum Teil auch ohne Wasser, wogegen die Kräfte in einer Kundgebung protestiert haben. Infolge Gasmangels ist der Straßenbahnbetrieb zum Teil eingestellt worden.

Nach neueren Meldungen greift der Streik auch auf andere Städte über. So wird aus Leipzig gemeldet, daß die städtischen Arbeiter am Montag in den Ausfall getreten sind, wodurch die Stadt ohne elektrischen Strom, ohne Gas und seit heute Vormittag auch ohne Wasserversorgung ist. Der Straßenbahnverkehr kann zum Teil antreterhalten werden. In Dresden dagegen mußte die städtische Straßenbahn den Betrieb einstellen, ebenfalls weil die Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke gleichzeitig mit den Leipziger Arbeitern in den Streik getreten sind.

Der Streik in Hegermühle

Die Unruhen im Elektrizitätswerk Hegermühle, von denen wir berichtet, sind beigelegt. Nachdem das Werk zunächst mit Sicherheitswehr besetzt worden ist, sind durch einem nach Hegermühle entsandten Regierungskommissar Verhandlungen angeknüpft worden. Der amtliche Preussische Pressedienst meldet darüber: Heute herrscht in Hegermühle Ruhe. Ein Teil der Arbeiter hat die Arbeit wieder aufgenommen. Die Verhandlungen werden fortgesetzt. Ein kleiner Teil der Polizei bleibt bis zur völligen Herstellung der Ordnung in Hegermühle.

Zu Konflikten zwischen der Polizei und den Streikenden ist es nicht gekommen.

Magnus Hirschfeld am Leben

Nach einer Münchener Meldung sollte Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld in München seinen Verletzungen erlegen sein. Wie wir hören, trifft diese Nachricht nicht zu. Dr. Hirschfeld konnte vielmehr heute aus dem Münchener Krankenhaus entlassen werden und wird am Dienstag in Berlin eintreffen. Dr. Hirschfeld ist auf der Rückreise nach der Schweiz, wo er als Sachverständiger in einem Nordprozeß tätig war, während eines Vortrages in München tödlich angegriffen und so schwer mißhandelt worden, daß er im Krankenhaus zu München behandelt werden mußte. Es ist bisher nicht gelungen, die Täter zu ermitteln. Sie gehören zum nationalen Böbel, der in Bayern unter dem besonderen Schutz der Regierung steht.

Eine Verleumdung

Die Kampfmethoden der „Roten Fahne“

In der „Roten Fahne“ war vor einigen Tagen behauptet worden, Genosse Radtke habe in Neußlin den Vertretern der Arbeitlosen erklärt, der Magistrat werde seine Beschlüsse den Erwerbslosen gegenüber auch mit Waffengewalt durchsetzen. Diese Verleumdung wurde, wie alles, was die „Rote Fahne“ liefert, sofort als „Parole“ aufgegriffen und die Kommunisten gehen damit bereits in den Versammlungen haufen. Eine Kommission, die mit der Untersuchung der Angelegenheit betraut wurde, gibt jetzt folgende Erklärung ab:

Ein Diskussionsredner (Richard Müller K. P. D.) behauptete, der Genosse, Stadtrat Radtke, habe in einer Sitzung von Magistratsvertretern auf eine Frage des Vertreters der Roten Arbeiter, Basilier, was der Magistrat zu tun gedenke, wenn eine Einigung zwischen Rotenarbeitern und Erwerbslosen nicht zustande käme, geantwortet: Dann würde der Magistrat mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln, auch mit Maschinengewehren, seine Beschlüsse durchsetzen. (Versammlungsnotiz des Genossen Max Koch K. P. D.). Auf Wunsch des Genossen Radtke trat eine Untersuchungskommission im Neußliner Rathaus zusammen. Sämtliche Teilnehmer der fraglichen Sitzung vom 6. Oktober 1920, in der die Verleumdung des Genossen Radtke geschehen sein soll, waren anwesend. Festgestellt wurde, daß Genosse Radtke die Verleumdung in dem Sinne getan hat, daß der Magistrat nach seiner (Radtkes) persönlichen Ansicht von allen Nachmitteln in Betrachtungsweise Gebrauch machen würde. Dieser Auffassung schloßen sich sämtliche Anwesenden an. Die Kommission tat dasselbe. Alle Aussagen wurden protokolliert.

Heinrich Strehle U. S. P., Otto Knaak U. S. P., Max Koch K. P. D., Bernhard Jost U. S. P., Helmuth Regenfeld U. S. P.

Es kamen noch zwei Artikel der „Roten Fahne“ über diese Angelegenheit zur Sprache, als deren Verfasser sich Basilier bekannte. Zur Charakterisierung dieses Mannes mag das folgende dienen: Drei Mitglieder des Arbeitslosenrates Neußlin, Mitglieder der K. P. D. erklärten, nachdem die Angelegenheit Radtke erledigt war, daß sie mit Arbeitervertretern von der Sorte eines Radtkes nicht mehr an einem Tische sitzen könnten.

Drei Milliarden neues Papiergeld. Der Reichsbankausweis der letzten Woche stellt einen Rekord dar. Der Betrag der umlaufenden Reichsbanknoten hat sich um 2,4 Milliarden, der Darlehensscheine um 885 Millionen Mark erhöht. Die Papiergeldproduktion der letzten Woche betrug demnach annähernd drei Milliarden Mark und läßt damit alle Leistungen auf diesem Gebiete weit hinter sich zurück. — Je tiefer die allgemeine Produktion sinkt, je höher hebt sich offenbar die Leistungsfähigkeit der Rotenpresse.

Beislagnahme von Flugzeugmotoren. In der Mühle von Großschütz bei Günzburg wurden am Sonnabend neue Flugzeugmotoren, die dort verfertigt gehalten waren, von der Entente-Kommission beschlagnahmt. Sie stellen einen Wert von über drei Millionen dar.

Die Aussperrung im Zeitungsgewerbe

Kampfbereitschaft der Berliner Buchdrucker

Der Gewerkschaften von Berlin des Buchdrucker-Berandes gab gestern in einer stark beschleunigten Versammlung sämtlicher Funktionäre einen Situationsbericht über die Entstehung und den Stand des Kampfes im Zeitungsgewerbe. Er teilt u. a. mit, daß in allen bestreikten Betrieben und in den Betrieben, wo die Unternehmer die Arbeiterschaft ausgesperrt hat, jede Arbeit zu verweigern ist. Einige Betriebe, so Scherl und Hiltstein, haben sämtliche Arbeiter bis zu den Laufboten kostenlos entlassen. Bis jetzt sind circa 16500 Arbeiter ausgesperrt, resp. kostenlos entlassen worden. Die Formen, die der Kampf jetzt angenommen hat, lassen die Möglichkeit zu, daß diese Zahl in kurzem auf 50-60000 anwachsen kann, da die Unternehmer entschlossen sind, den Kampf auf die Spitze zu treiben.

Maffini betonte, daß der Kampf im Zeitungsgewerbe das größte Interesse der gesamten Arbeiterschaft wachrufen müsse, da die Unternehmer den Kampf mit der Parole Abschwächen der Löhne propagieren haben. Die Forderung der Arbeitnehmer, die tariflichen Löhne um 25 Prozent zu erhöhen, haben die Unternehmer mit einem 20prozentigen Lohnabzug beantwortet. Maffini verwies weiter darauf, daß die Preispolitik die Arbeiterschaft weiter propagieren wollen, um zu erzwingen, daß in sämtlichen Betrieben die Arbeit eingestellt wird. Er forderte die Funktionäre auf, recht wachsam zu sein und den Weisungen der Gewerkschaft Folge zu leisten. Die Tarifverhandlungen für das Buchdrucker-Gewerbe beginnen am 26. Oktober und da wird es sich zeigen müssen, daß auch die Buchdrucker ihren Mann zu stehen wissen. (Beifall.) Der Vorsitzende brachte folgende Resolution des Gewerkschafts zur Verlesung:

Die am 11. Oktober in Altem Festsaal versammelten Vertrauensleute sämtlicher Buchdrucker-Gewerkschaften Groß-Berlins haben den Bericht ihres Gewerkschaften Maffini über die Aussperrung der Arbeiterschaft in den Zeitungsbetrieben zur Kenntnis genommen. Sie haben daraus ersehen, daß die Solidarität der Buchdrucker gegenüber den um eine menschenwürdige Existenz kämpfenden Angestellten des Zeitungsgewerbes von den Zeitungsvorgesetzten zum Anlaß genommen wird, ihre Personalie unter Bruch des geltenden Tarifvertrages auf die Straße zu werfen. Die Klage der Unternehmer gegen die Solidaritätsbewegung der Buchdrucker ist vom Tarifschiedsgericht abgewiesen worden. Die Unternehmer waren nun verpflichtet, das Tarifamt zur Entscheidung anzurufen. Sie haben sich aber über den Tarifvertrag und die gesetzlichen Bestimmungen rücksichtslos hinweggesetzt und die Personalie ausgesperrt. Sie haben weiter auch diejenigen Zeitungsherausgeber, bei denen keinerlei Differenzen bestanden, gezwungen, das Erscheinen ihrer Zeitungen einzustellen und ihre Arbeiterschaft zu entlassen. Die Drohung, den Rest der übrigen Buchdrucker-Berlin und des Reichs auszudehnen, zeigt die wahren Absichten des Großunternehmertums der Zeitungswirtschaft, als Stoßtrupp für die Herabdrückung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft anzutreten.

Die versammelten Vertrauensleute erklären, daß diese Gewaltpolitik des Unternehmertums den geschlossenen Widerstand der Buchdrucker finden wird. Die Buchdrucker Berlins werden jede Arbeit für die ausgesperrten Betriebe ablehnen und überlassen die Verantwortung für die Folgen den Buchdruckerberufen, die sich dazu hergeben wollen den Nachtgelüsten des Zeitungskapitals Vorpanndienste zu leisten.

Die Haltung der Unternehmer bei den Verhandlungen des Schlichtungsausschusses sowie vor dem Reichsarbeitsministerium hat gezeigt, daß dieselben keine Verständigung wollen, sondern eher gewillt sind, eine große, für die gesamte Volkswirtschaft außerordentlich wichtige Industrie lahm zu legen, als ein paar erbärmlich bezahlten Zeitungsgestellten die Erfüllung ihrer Pflicht zu erleichtern.

Die Versammelten fordern deshalb von der Reichsregierung, daß sie diesen Sabotageversuchen des tarifbrüchigen Zeitungskapitals mit allen ihr zu Gebote stehenden Nachmitteln entgegentritt und dafür Sorge trägt, daß den berechtigten Ansprüchen der in den Zeitungsbetrieben Beschäftigten auf Lebensmöglichkeit entsprochen wird.

In der Diskussion untertrifften mehrere Redner den Standpunkt der Gewerkschaft. Fiedler begründete eine Entschliebung, in der verlangt wird, daß im Falle einer weiteren Aussperrung das Verhalten der Prinzipale es nach sich ziehen müsse, daß die Bewegung zu einem einheitlichen Kampfe um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für das graphische Gewerbe ausgenutzt werden muß. Jedoch soll der Kampf nicht als reiner Lohnkampf, sondern als Kampf um die Produktionskontrolle geführt werden. Ein großer Teil der Diskussioner unterstützte mit Wärme diese Entschliebung. Ein Redner teilte mit, daß die Redaktion der Firma Rolfe zu dem Lohnkampf der Angestellten Stellung genommen und sich in einer Resolution auf den Standpunkt gestellt haben, daß die Gehälter und Löhne der Arbeiter und Angestellten nicht zeitgemäß seien und die Tariffrage dringend einer Umgestaltung bedürfen.

Nach mehrstündiger Debatte wurde die Resolution des Gewerkschafts mit großer Mehrheit angenommen. Damit erübrigten sich alle anderen gestellten Anträge.

Aus der Partei

Sinowjew kommt allein nach Halle

Das Zentralkomitee der U. S. P. hat am 11. Oktober folgendes Telegramm aus Rewal erhalten: „Reise heute im Auftrage der Exekutive zum Parteitag nach Halle.“ Rewal, den 9. Oktober 20. Sinowjew.

Erklärung des Bezirksparteitags Halle-Merseburg

Auf dem Bezirksparteitag Halle-Merseburg wurde folgende Entschliebung gefaßt:

Der Bezirksparteitag der U. S. P. für den Gattationsbezirk Halle-Merseburg erklärt, daß die Urwahlen der Delegierten zum Reichsparteitag in allen Kreisen des Bezirks nicht in Wahllokaler Versammlungen, sondern in mehrstündiger Urwahl in Wahllokaler vorgenommen wurden.

Der Bezirksparteitag erhebt energischen Protest gegen die unglaubliche Leichtfertigkeit und Anmaßung, mit der die „Freiheit“, ohne nähere Unterlagen zu haben, die Wichtigkeitserklärung der Kanbats des Halleischen Bezirks als eine feststehende Tatsache hinstellt.

Ferner erhebt der Bezirksparteitag entsetzten Protest gegen die Versuche, die proletarische Disziplin der Halleischen und der Merseburger Genossen in Frage zu stellen und führenden Genossen des Bezirks Neugierungen in den Mund zu legen, die entsetzt oder gar tödlich aus der Luft gegriffen sind.

Die Zeitung des Bezirksparteitags Halle-Merseburg, „Die Freiheit“,

Es ist eine Leichtfertigkeit fondergleichen, zu behaupten, wir hätten unseren Artikel ohne nähere Unterlagen veröffentlicht. Die Unterlagen standen uns zur Verfügung und wir haben keinen Grund, sie nicht für ebenso echt zu halten wie die Erklärungen der Gegenseite.

Druckfehlerberichtigung. Der Druckfehlerausweis hat, offenbar aus Versehen über die andauernden Auseinandersetzungen, den letzten Satz unserer Antwort an die Wahlkommissionsmehrheit in der Sonntagsausgabe arg verformt. Es mag in diesem Satz heißen: „Die Rolle der verformten Unschuld (nicht Moskau)“ steht aber gerade ihnen am allerwenigsten zu Gesicht.“

A. Wertheim Lebensmittel

Leipziger Strasse Königstrasse Rosenthaler Strasse Moritzplatz

Sowelt Vorrat:

Holländ. Rotkohl Pfund 35 Pf.
 Holl. Wirsingkohl Pfund 45 Pf.
 Mohrrüben Pfund 25 Pf.
 Sellerie Pfund 80 Pf.
 Grünkohl Pfund 45 Pf.
 Spinat Pfund 50 Pf.
 Maiskolben Pfund 25 Pf.
 Goldparmänen Pfund 1²⁰
 Tiroler Tafeläpfel Pfund 1²⁰
 Amorettenbirnen Pfund 1⁶⁰
 Neue Feigen Pfund 4⁸⁰
 Maronen Pfund 3⁵⁰

Weißkohl Pfund 25 Pf.
 Zwiebeln Pfund 75 Pf.
 Blumenkohl . Kopf von 85 Pf. an
 Kochäpfel Pfund 85 Pf.

Grüne Heringe . Pfund 2⁸⁰
 Gr. Salzheringe . Stück 85 Pf.
 Fettheringe Stück 1²⁰
 Neuer Sauerkohl Pfund 70 Pf.

Gänse-Stückenfleisch . . Pfund 11⁰⁰
 Gänsehautfett Pfund 19⁰⁰

Goudakäse Pfund 12⁰⁰
 Holländer Käse . Pfund 18⁵⁰
 Pflaumenmus Pfund 3⁹⁰
 Kunsthonig Pfund 7²⁰

Wurst- und Fleischwaren

zu billigsten Tagespreisen

Hühner Pfund 9²⁵ 9⁷⁵
 Enten Pfund 9⁵⁰ 10⁵⁰
 Gänse Pfund 10⁵⁰ 11⁵⁰

Sprottbücklinge geräuchert, Pfd. 4⁸⁰

Frische Schellfische
 Pfund von 2⁶⁰ an
 Frische Scharbenzungen
 Pfund 2²⁰

Winter-
Kartoffeln
 10 Pfund 3⁶⁰
 Bei freier Zusendung in Groß-Berlin
 innerhalb 8 Tagen Zentner 39⁰⁰

Unentbehrlich für jeden Haushalt ist
 Mit freiem Schlüsselabonnement

echter Hoost-Dreibohnenkaffee

M. Hoost, Berlin C25, Prenzlauer Str. 46
 Keibel-Strasse 11 - Alexander 1470

Theater und Vergnügungen

Volkshühne
 7 1/2 Uhr:
 Der Richter v. Salama
 Neues Volkstheater
 Rosenfelder Str. 68.
 7 1/2 Uhr: Nora

Proletarisches Theater
 GutsMuths 13
 Am 16. Oktober, abds. 7 Uhr:
 Gegen den weißen Schrecken —
 für Sonja-Rajkovic.

Staatstheater
 Opernhaus
 7 Uhr:
 Mad. Butterfly
 Schauspielhaus
 7 Uhr:
 Peer Gynt
 Direktion: Max Reinhardt.

Deutsches Theater
 6 1/2 Uhr: Faust
 (Charlotte Godebska, Werner
 Kraus, Paul Lange)

Kammerspiele
 7 1/2 Uhr: Stella
 (Helene Thiele, Hans Straub,
 Margarete Kupfer, Thea
 Kuhn, Wilhelm Dietrich)

Großes Schauspielhaus
 Karlstraße
 7 Uhr: Danton (16. Akt, 1. Akt.)
 (Wilhelm Dietrich, Max Weis-
 lawski, Werner Kraus, An-
 der Wäcker, Carl Deutsch, Paul
 Günther, Hubert von Meyerin,
 Friedrich Kühn, Hugo Döblin,
 Wilhelm Dörner.)

Königsgräber Str.
Erdegeist
 (Maria Dreka, Albert Göttsch)
 Mittwoch: Musik
 Donnerstag: Mirandolina
 u. die Heime, Galtner, Wermann,
 Brandt, Frickel, Reimer

Komödienhaus
 1/2 Uhr: Der Herr Minister
 mit Max Pallenberg

Berliner Theater
 1/2 Uhr: Der letzte Walzer
 mit Fritz Maffers.

Leffing-Theater
 7 1/2 Uhr: Liebe
 (Lorenz, Götz, Loos)
 Mittwoch- u. Donnerstag 7 1/2 Uhr:
 Das Gelübde.
 (Konstantin, Loos, Klöpfer, Lied)
 Freitag 7 1/2 Uhr: Peer Gynt
 (Loos, Grünig, Loos)

Deutsch. Künstler-Theater
 Wälsbittel 7 1/2 Uhr:
 Die Schwelgereise
 (Max Adalbert, Trude Hosterberg)

Reizberg-Theater
 Bahnhof Jannowbrücke
 Untergrundbahnstation
 Täglich 1/2 Uhr:

Die Freundin
 (Tilla Durieux, Laska, Bildt,
 Albert, Galtner)

Trianon-Theater
 Bahnhof Friedrichstraße
 Täglich 1/2 Uhr:
 Der Roman einer Frau
 (Soo Will, Berg, Pöndorf,
 Galtner, Galtner)

Mittwoch nachm. 4 Uhr:
 Rotkäppchen

Yaspalast
 Königstadt-Kasino
 Holzmarktstraße 72
 am Hof, Jannowbrücke
 Täglich Ball
 Wochentags 7 1/2, Sonntags 5 U.

1/8 Casino-Theater 1/8
 Knorp's sel. Witwe
 Gg. 3 1/2, U.: Der Hausdrache

**Nelson-
 THEATER**
 Kurfürstendamm 217
 Täglich 7 1/2 Uhr:
 Die vier Herren:

**Richard Oswald-
 Lichtspiele**
 Kantstraße 163
**Conrad Veidt
 als Manolescu
 blufft alle Welt!**
 In dem neuen
 Richard Oswald-Film
**Manolescu's
 Memoiren.**
 Jed. wöchtl. Hauptrollen:
 Erna Morena, Käthe Wulke,
 Uebe Sandrock, Fritz Schrer,
 Hedda Bernow.
 Regie: Richard Oswald
 Urauf: 6.40, 8.30 Uhr

**Total
 manoli!**
 Regt: Fritz Grünbaum.
 Einleg.: Theobald Tiger
 Musik von
 Rudolf Nelson.
 Theater a. Kottbus To
 Tel. Moritzplatz 14814.
 Tägl: 7 1/2 u. Sonntags
 nachm. 3 Uhr:
Elite-Sänger
 Hiltgen-Konert
 Verke. 11-14 u. 4-6 U.

Uraufführung
 U. T. NOLLENDORFPLATZ
 Donnerstag, den 14. Oktober 7 u. 8⁴⁵ Uhr
**PUTSCH-
 LIESL**
 Lustspiel von Erich Schönfelder u. Tyll Uhl
 REGIE: ERICH SCHONFELDER
 Hauptrollen:
OSSI OSWALDA
 Josephine Dora / Hermann Thimig
 Viktor Janson / Albert Paulig
**DIE TUGEND
 HAFTE JOSEPHINE**
 Schwank in 3 Akten mit
 LEO PEUKERT

**DECCA
 LICHTSPIELE**
 21 Unter den Linden 21
 2 Uraufführungen
Carola Toelle
 in
Der siebente Tag
 Großes Ausstattungsspiel aus der Kokokojett
 in 5 Akten
Das Gesicht im Mondschein
 Kriminalroman aus alten Zeiten
 in 5 Akten
 Hauptrolle: **Robert Warwick**
 7⁰⁰ Beginn: 8³⁰

„Die Tribüne“ Dir. Dr. Eugen Robert
 Charitensburg am Anie.
 Täglich 8 Uhr abends
Bunbury
 Lustspiel von Oscar Wilde.

UFA
 7 und 1/2 Uhr
CABIRIA
 Der Kampf um die
 Weltherrschaft
**Die heilige
 Simplicia**
 Fotoproduktion in 5 Akten von
 Thea von Harbou
 Der zweite May-
 Regie-Meisterfilm
 Haupt-
 rollen: **Eva May**
 Alfred Gerasch
 von Burgtheater Wien
 8. Woche
Whitechapel
 Regie: E. A. Dupont
 Hauptdarsteller:
Mierendorff
 Grit Hegesa
 7. Woche
Sumurun
 Regie
Ernst Lubitsch
 Hauptrolle:
Pola Negri
MOI
 Schauspiel in 5 Akten
 von Hans von Holtensthal
 Regie: Rudolf Biebrach
 Hauptrolle:
Lotte Neumann
Reingefallen
 A. E. Lenzel in 3 Akten mit
Arnold Rieck
**Der Henker
 von St. Marien**
 Kammerspieler Oberleitung:
Joe May
 Verfasser und Regisseur:
Fritz Freiler
 Hauptrolle:
Eva May
Die Tarantel
 Sensationsspiel von Karl Figdor
 Regie: Rudolf Biebrach
Das Valiumädel
 mit **Ossi Oswald**
 Wochentags ab 7 Uhr
 Sonntags Beginn 4 Uhr

KABARETT
„Die Rakete“
 Ecke Kant- und Joachimsthaler Straße.
 Künstler, Leitung: Dr. Eugen Robert.
 Telefon: Steinplatz 10000.
Rosa Valetti
Max Adalbert
Paul Morgan
Sita Staud
Karl Huszar
 (Puck)
Hilfa Georg
Hilde Kiderhold
Susi Dptowsta.

Billiges Möbel-Angebot
 Kompl. bunte Küchen 575 M.
 Bunte Stoffrhebette 315 M.
 Bettstellen von 315 M. an
 Große Auswahl **Möbel** jeder Art.
Kredit an Alle!
 Bessere auch nach auswärts.
Möbel-Groß
 Große Frankfurter Straße 141
 Invalidenstrasse 5.

Kreuzfische 300 M.

Masken, Masken, Jodeln, Eldern und Weichfische, Damen-
 Geländekart, Herrenschuhe u. Sportpelze bis zur Hälfte der
 Preise herabgesetzt. Neuer Gutswagen, Paletots, Hüte,
 früher bis 1200 M., jetzt 350 bis 450 M. Große Vollen
 Hosen, Stiefel 60 M. (Reise Kommodoren).
 Reichhaus Moritzplatz 58a. Gedr. Spezialhaus des. Art.

Grundsätzliches zur Wohnungsfrage

Von Benno Naah.

Die ganze Verlogenheit und Hilflosigkeit der kapitalistischen Gesellschaft kommt wohl nirgends sinnfälliger zum Ausdruck als in der Wohnungsfrage. Wir Sozialisten werden seit Jahrzehnten schon als die — Zerstörer der Familie bezeichnet. In Wahrheit ist es gerade der Kapitalismus, der drauf und dranh ist, sein heuchlerisch geliebtes „Familienleben“ mehr und mehr in Atome aufzulösen. Die Wohnungsnot wird sehr bald die ordnungsmäßige Begründung einer Familie zur völligen Unmöglichkeit machen. Uns erwächst die Aufgabe, alle auftauchenden Probleme und ihre Lösung ausschließlich unter dem Gesichtswinkel des Sozialismus zu prüfen. Auf diese Weise schützen wir uns sicher vor Irrungen und schweren Fehlern.

Die Wohnungsfrage ist ein Teil der sozialen Frage überhaupt, wahrscheinlich sogar der wichtigste. Nichts ist natürlicher und selbstverständlicher als das Recht auf eine Wohnung. Der Kapitalismus zerstampft unter seinen Hufen auch die natürlichsten Rechte. Darum sprechen seine Stribenten gar zu gern, wenn von Wohnungen der Arbeiter die Rede ist, von Untertunskräften. Wer hörte davon, daß man etwa Regierungsräte, Bankdirektoren oder Staatsanwälte in Wellblechbaracken unterbrächte? Daraus geht klar hervor, daß die heutige Gesellschaft der beschlossenen Klasse das Recht auf Wohnung höhnisch verweigert. Was man uns verweigert, müssen wir uns unter Aufbietung aller Kräfte erringen. Gar zu lange hat das Proletariat sich um die Wohnungsfrage überhaupt nicht gekümmert. Und da kommen wir gleich zu einem sehr heißen Kapitel. Den Gewerkschaften, namentlich den Bauarbeitern, lag von jeher die Pflicht ob, sich eingehend mit der Wohnungsfrage zu beschäftigen. Das soll ja nun wohl anders werden, hoffen wir, daß es vielleicht nicht zu spät ist.

Wir wissen, daß die kapitalistische Gesellschaft die Wohnungsnot, besonders in ihrem heutigen, steigenden Umfange, weder mildern noch beseitigen will. Da muß es denn die U. S. V. D. sein, die Ordnung in die chaotischen und korrupten Verhältnisse bringt. Wir haben zu fordern die Herabgabe gewaltiger Mittel zum Aufbau fester Wohnräume. Eine „Republik“ die 2500 Millionen Mark und noch mehr alljährlich für ein Heer zur Verminderung der Arbeiterklasse und zum Schutze der Geldsäcke aufbringt, muß ein Vielfaches an Milliarden für eilige Erbauungen von Kleinquartieren heranschaffen, und vom Kapital sind die Mittel hierfür aufzubringen. Solchen Projekten wie Mietssteuer, Wohnraumsteuer ist unsere Zustimmung unbedingt zu verweigern. Das könnte der Reaktion und dem Bodenkapital gewiß passen, wenn die Allgemeinheit ihnen die Gelder für Wohnbauten in den Rücken werfen würde. Die Arbeiterklasse hat den Krieg nicht herbeigeführt, sie hat auch von Rechtswegen die traurigen Folgen der Vorkriegsperiode nicht zu tragen. Noch läßt sie in weiser Mäßigkeit Geduld. Aber wie lange soll diese noch auf die Probe gestellt werden?

Wir dürfen auch die Wohnungsfrage nicht mit anderen Dingen verquiden und belasten. Gar zu gern und häufig spricht man von Wohn- und Siedlungsfragen. In der jetzigen Notlage dient die Siedlungsfrage mehr dazu, der revolutionären Arbeiterklasse weiße Salbe zu verabfolgen. Der Siedlungsgedanke ist auf das Eigenheim eingeeicht und hat mit der Bekämpfung der Wohnungsnot überhaupt nichts zu schaffen. Schon während des Krieges haben die beiden Vorbesitzer Ludendorff und Damasko den Kummel mit den „Kriegerheimstätten“ gefördert. Und jetzt gehört es zum „guten Ton“, über „Siedlungswesen“ zu sprechen. Die meisten wollen dabei überhaupt nicht, wovon die Rede ist und die meisten verstehen nicht viel von der Sache. Ob man den „Vorwärts“ zu den meisten oder zu den wenigen rechnen soll, werden die Leser entscheiden. In seiner Ausgabe vom 30. Juli 1920 (Nr. 378) schreibt er:

Wer Geld hat, kann sich eine Heimstätte bauen und einen schönen Garten anlegen lassen, wer kein Geld hat, muß diese

Arbeit selbst leisten, wenn er zum gleichen Ziele gelangen will. ... Von den 80 Erwerbslosen, die in den Bergbau zur Arbeit gingen und in der Freizeit den Aufbau der Siedlungen vornehmen wollten, haben nur 18 ausgehalten. Den anderen fehlte die Willenskraft, über alle Hemmungen und Schwierigkeiten hinweg bis zu einem Erfolg durchzuhalten, sich im Geiste genossenschaftlicher Arbeit den Erfordernissen des Gemeinlebens unterzuordnen. Die Opponenten und Krakeeler verschwanden.

Das schreibt buchstäblich der „Vorwärts“ unter dem Titel „Siedlungsarbeit. Das Werk von Wölpe“. Der Leiter dieser Siedlung ist der Rostock-Hauptmann Schmude. — Nun zu einer anderen Pressäußerung:

„Anfiedlung und Bekämpfung städtischer Wohnungsnot sind zwei verschiedene Aufgaben, die nicht miteinander verquiden werden sollten. Man kann der augenblicklichen Wohnungsnot in den Großstädten nicht durch Siedlungsbefreiungen abhelfen und es hiesse den Siedlungsgedanken Abbruch tun, wollte man ihn, der doch nur allmählich zur Verwirklichung gebracht werden kann, als wirksames Mittel gegen die Wohnungsnot nutzbar machen.“

Das hört sich schon etwas vernünftiger an, als die übergeschnappte Sprache des „Vorwärts“. Und dennoch stammt es von dem konservativen Regierungsbaumeister Kraffert (Berl. Tagebl. vom 1. Aug. 1920, Nr. 358).

Unsere grundsätzliche Stellung bezeichnet Punkt 4 des Leipziger Aktionsprogramms.

„In den Städten und vorwiegend industriellen Gemeinden ist das Privateigentum an Grund und Boden in Gemeindegemeinschaft zu überführen; ausreichende Wohnungen sind von den Gemeinden herzustellen.“

Damit ist unser Weg klar vorgezeichnet. Wir haben in den Gemeindefolgen unsere Stimme zu erheben. Das Recht der Wohnungsbefreiung übt die Gemeinde aus.

Die von Sozialisten geleiteten Kommunen treten schnell zusammen, um sich über gemeinsame Wege zur Schaffung guter und preiswerter Kleinwohnungen zu verständigen. Vielleicht schafft ein Preisanschieben gute Entwürfe. Dieser sozialistische Kommunalverband verfügt sicherlich über Mittel, um höhere Preise auszuweisen und damit stärkere Talente anzulocken als die knifflige und ausbeutungsgierige Bourgeoisie dies immer getan hat. — Wir brauchen ein Notgesetz, monach bei Zwangsversteigerungen die Kommunen das Vorkaufsrecht erhalten. Gerade auf Erfüllung dieser Forderung ist großer Wert zu legen. Wir sind der Auffassung, daß eine konsequent durchgeführte Beschlagnahme und der Verkauf falliter Wohn- und Fabrikgebäude der Bourgeoisie höchst persönlich die Qualen der Wohnungsnot begreulich machen wird. Bis jetzt wissen diese Herrschaften nur aus den Zeitungen, daß es — „eine Wohnungsnot geben soll“.

Nach unserer Kenntnis der Dinge ist es durchaus möglich, im neuen Berlin 20000 Kleinwohnungen (1 bis 2 Zimmer) durch Beschlagnahme zu erfassen. Vor allen Dingen kommen der Westen, der alte und der neue, die Vororte und die Villenkolonien in Frage. In die Villenkolonien gehören die Kriegsverletzten. Kontrollbeamte haben darauf zu achten, daß in erster Linie Arbeiter in diese gesunden Gegenden kommen und die beschlagnahmten Zimmer den erforderlichen Komfort keinesfalls vermissen lassen. So stellen wir uns nämlich den Dank des Vaterlandes vor! Diese Beschlagnahme muß in ganz Deutschland durchgeführt werden. Jeder Haus- und Villenbesitzer hat den Umbau auf seine Kosten nach Vorschrift der Wohnungsämter und Bauarbeiter-Organisation vorzunehmen. Die Heeresverwaltung verfügt noch über gewaltige Bestände an Baustoffen aller Art und der Minister für Volkswohlfahrt, dem bekanntlich das Wohnungsweien untersteht, wäre gut beraten, wollte er diese schönen Dinge umgehend beschlagnahmen.

Ueberhaupt muß bei den Behörden schneller und gründlicher gearbeitet werden. Hierbei muß daran erinnert werden, mit welcher asenartigen Geschwindigkeit das Gesetz Groß-Berlin verächtlich wurde. Die ausführenden Genossen müssen eben eine besonders kräftige Energie entwickeln. Verlassen auch sie etwa dem Laster der Erwägungen, so wird ihnen ganz bestimmt die Organisation Weine machen. Wir marschieren in das Stadium der Tat, wehe dem, der seinen Platz nicht ausfüllt.

Gewerkschaftliches

Neues vom „Demokraten“ Dr. Engel

Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns:

Trotzdem der alte Tarifvertrag für die kaufmännischen Angestellten des Glas- und Keramik-Großhandels recht beschiedene Gehälter aufwies, erklärten sich doch die Angestellten damit einverstanden, denselben bis zum 31. Juli d. J. zu verlängern. Für die neue Tarifperiode ab 1. August wurden von uns Forderungen dem Arbeitgeberverband übermittelt, die bei einigermaßen gutem Willen hätten durchgedrückt werden können. In der untersten Gruppe wurde z. B. für einen Angestellten im 21. Lebensjahre ein Gehalt von 600 Mk. verlangt. Die Gehälter, die die Angestellten verlangten, sind in anderen Branchen, die ebenso unter schlechter Konjunktur zu leiden haben, längst überholt. Wenn die Angestellten nun aber dachten, bei dem Arbeitgeberverband Entgegenkommen zu finden, hätten sie sich geirrt. Der Herr treibt der Geist des Dr. Engel kein Unwesen. Unter Führung dieses echten Demokraten wurde jedwede Erhöhung der Gehälter abgelehnt, und als wir energisch darauf bestanden, wurde uns gesagt, daß ein Abbau der Gehälter um 15% unbedingt eintreten müsse, trotzdem in dieser Branche im vorigen Jahre und Anfang dieses Jahres ganz enorm verdient worden ist und sich auch jetzt schon wieder die Geschäftslage bei den meisten Firmen erheblich bessert.

Der von uns angerufene Schlichtungsausschuss machte am 10. September d. J. beiden Parteien einen Einigungsvorschlag, der nur eine unerhebliche Erhöhung der Gehälter vorsah. Aber auch dieser Vorschlag, der einstimmig gemacht worden war, wurde von dem Dr. Engelischen Verbande abgelehnt. Die Angestellten werden aus diesem Verhalten die Konsequenzen zu ziehen wissen. Sie sehen jedenfalls klar, was das Gefährliche der Herren vom Schlichte des Dr. Engel über den Wirtschaftsstreben auf sich hat.

Die Lohnbewegung im Berliner Buchhandel

Der von der Afa-Angestelltenverband des Buchhandels, Buch- und Zeitungsgewerbe, Zentralverband der Angestellten — in der Tarifstreitigkeit im Groß-Berliner Buchhandel angerufene Schlichtungsausschuss hatte Termin auf Dienstag, den 12. Oktober angesetzt. Am gleichen Abend sollte eine Vollversammlung der Angestellten und Markthelfer des Groß-Berliner Buchhandels zum Zwecke der endgültigen Beschlußfassung stattfinden.

Die Funktionäre hatten beschlossen, nochmals mit dem Arbeitgeberverband zu verhandeln. Diese Verhandlung fand am letzten Sonnabend statt. Der Arbeitgeberverband erklärte, infolge Wichtigkeit seiner Vorstandsmitteltier am Dienstag nicht vor dem Schlichtungsausschuss verhandeln zu können, wollte aber am Freitag, den 15. d. M. vor dem Schlichtungsausschuss erscheinen. Die Verhandlungskommission lehnte diesen Vorschlag ab, in dem ein Verschleppungsversuch erblickt wurde. Nachdem aber die Arbeitgeber erklärten, ihre Mittelgliederversammlung bereits am Freitag, den 15. Oktober zum Zwecke der Beschlußfassung über Annahme oder Ablehnung des dann gefällten Schiedspruches abzuhalten, stimmten schließlich die Vertreter der Afa der Verlegung des Termins zu.

Die ursprünglich für Dienstag vorgesehene Vollversammlung aller Angestellten und Markthelfer im Groß-Berliner Buchhandel findet nunmehr Freitag, den 15. Oktober, abends 7 1/2 Uhr im „Schultheiß“, Hallesche 22-21 statt. In dieser Versammlung wird der Schiedspruch sowie die dann vorliegende Entscheidung der Arbeitgeber-Versammlung mitgeteilt werden. Ferner wird auch endgültig über die weiter zu treffenden Maßnahmen entschieden. Alle Angestellten und Markthelfer des Groß-Berliner Buchhandels müssen in der Freitag-Versammlung unbedingt anwesend sein.

Afa, Deutscher Groß-Berliner, Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Noch keine Beendigung des Mühlenarbeiterstreiks

Eine heute vormittag stattgefundene Versammlung der gesamten streikenden Mühlenarbeiter Groß-Berlins nahm den Situationsbericht entgegen. Die Versammlung war einstimmig der Meinung, daß das Eingreifen der Technischen Ratshilfe sowie die sonstigen Maßnahmen der Unternehmer sie nicht irrt machen kann an dem Festhalten in ihrer Einmütigkeit. Im Gegenteil, die Kollegenschaft gewinnt immer mehr die Ansicht, daß es hier sich um einen Kampf handelt, der herausfordernd ist von den Unternehmern, um die Arbeiterklasse zurückzustößen in die vorrevolutionären Verhältnisse. Das kann und darf nicht sein, und sind die Mühlenarbeiter einstimmig der Ansicht, daß der Kampf durchgehalten werden muß, bis der Schiedspruch restlos anerkannt ist.

Sunger

Roman von Knut Hamsun.

Ich ging umher und sann über die Sache nach und konnte sie nicht los werden und fand die gewichtigsten Einwände gegen diese Willkür des Herrn, gerade mich für die Schuld aller anderen büßen zu lassen. Noch nachdem ich eine Bank gefunden und mich gesekt hatte, fuhr diese Frage fort, mich zu beschäftigen und mich am Nachdenken über andere Dinge zu hindern. Von jenem Maitage an, wo meine Widerwärtigkeiten begonnen hatten, konnte ich so deutlich eine nach und nach zunehmende Schwäche spüren; ich wurde gleichsam zu matt, um mich selbst dorthin zu steuern und zu führen, wohin ich wollte; ein Schwarm kleiner schädlicher Insekten war in mein Inneres gedrungen und hatte mich gleichsam ausgehöhlt. Wie, wenn es Gottes Ablicht war, mich gänzlich zu vernichten? Ich stand wieder auf und ging vor der Bank auf und nieder.

Mein ganzes Wesen befand sich in diesem Augenblick in einem Zustande höchster Qual; ich hatte sogar Schmerzen in den Armen und vermochte sie kaum zu halten wie gewöhnlich. Nach meiner letzten schweren Mahlzeit fühlte ich auch ein starkes Unbehagen, ich war übersättigt und erregt und spazierte hin und her ohne aufzublicken, die Menschen, die kamen und gingen, glitten wie Schatten vorüber. Endlich wurde meine Bank von zwei Herren besetzt, die ihre Zigarren anzündeten und sich laut unterhielten; ich wurde ärgerlich und wollte sie anreden, besann mich aber und ging an das andere Ende des Parks, wo ich mir wieder eine Bank suchte. Hier setzte ich mich.

Der Gedanke an Gott begann mich von neuem zu beschäftigen. Es dünkte mich unverantwortlich, daß er jedesmal, wenn ich eine Stelle suchte, dazwischen trat und alles störte — denn es war doch nur das tägliche Brot, um das ich bat. Ich hatte bemerkt, daß, wenn ich längere Zeit Hunger gehabt, mein Gehirn gleichsam ganz still ausstarrte und meinen Kopf leer ließ. Er wurde dann ganz leicht und abwesend, ich fühlte sein Gewicht nicht mehr auf den Schultern, und mir war, als gloshe ich jeden, den ich anblinnte, mit allzu weit aufgerissenen Augen an.

Ich sah auf der Bank und dachte nach und wurde immer erregter gegen Gott und die anhaltenden Qualen, die er

mir auferlegte. Wenn er glaubte, mich zu sich hinaufziehen und mich besser machen zu können, indem er mich zu Tode peinigte und mir Mißgeschick auf Mißgeschick in den Weg legte, so war das Irrtum; das war sicher. Und fast meinentend vor Trost blühte ich empor und sagte ihm das ein für allemal in meinem stillen Sinn.

Stüde dessen, was ich als Kind gelernt, fielen mir wieder ein. Der Bibeltext erklang vor meinem Ohr, und ich sprach ganz leise mit mir selbst und legte spöttisch den Kopf auf die Seite. Weshalb sorgte ich mich um das, was ich essen, was ich trinken würde, in was ich meinen elenden Körper hüllen sollte? Hatte mein himmlischer Vater nicht für mich gesorgt, wie für die Spähen auf dem Dache und mir die Gnade erwiesen, auf seinen geringen Diener zu deuten? Gott hatte mein Kervenetz mit seinem Finger berührt und langsam die Fäden in Unordnung gebracht. Und Gott hatte seinen Finger zurückgezogen, und Fasern und zarte Wurzelchen meiner Nervenenden waren daran hängen geblieben. Und Gottes Finger hatte ein Loch gebohrt und eine Wunde in mein Gehirn. Aber da Gott mich mit dem Finger seiner Hand berührt hatte, ließ er mich und berührte mich nicht mehr und ließ mir Böses nicht widerfahren. Sondern er ließ mich in Frieden ziehen, und ließ mich gehen mit jener Wunde. Und nichts Böses widerfährt mir von Gott, der der Herr ist in alle Ewigkeit.

Aus dem Studentenheim trug der Wind Ruff zu mir herauf; es war also nach zwei Uhr. Ich holte mein Papier hervor, um zu versuchen, ob ich schreiben könne, im selben Augenblick fiel mir mein Barbierabonnementsbuch aus der Tasche. Ich öffnete es und zählte die Blätter, es waren noch 6 Karten. Gott sei Dank! sagte ich unwillkürlich, ich konnte mich doch noch ein paar Wochen raufieren lassen und ein wenig schmutz ansehen! Dieser kleine Besitz, der mir noch geblieben, versetzte mich gleich in eine bessere Stimmung; fürsorglich glättete ich die Karten und steckte das Buch wieder in die Tasche.

Schreiben konnte ich jedoch nicht. Nach ein paar Reihen fiel mir nichts mehr ein; meine Gedanken waren anderswo, und ich vermochte mich nicht zu einer bestimmten Anstrengung aufzuraffen. Alles und jedes wirkte auf mich ein und zerstreute mich. Klagen und kleine Mühen setzten sich auf das Papier und störten mich; ich blies, um sie zu zerjagen,

blies und blies immer stärker, aber umsonst. Die kleinen Tiere legen sich hintenüber, machen sich schwer und widersehen sich, so daß ihre dünnen Beinchen sich krümmen. Sie sind nicht von der Stelle zu bringen. Sie finden etwas, woran sie sich festhalten können, stemmen die Beine gegen ein Komma oder eine Unebenheit im Papier und bleiben so lange unbeweglich, bis sie es selbst für gut befinden, sich zu entfernen.

Eine Zeitlang beschäftigten diese kleinen Antiere mich, ich kreuzte die Beine und ließ mir Zeit, sie zu beobachten. Wählich zitterten ein paar hohe Klarinettenöne aus dem Hain zu mir herauf und gaben meine Gedanken einen neuen Stoß. Mühsam, weil ich meinen Artikel nicht fertig bringen konnte, steckte ich die Papiere wieder in die Tasche und lehnte mich zurück. In diesem Augenblick ist mein Kopf so klar, daß ich die feinsten Gedanken denken kann, ohne zu ermüden. Wie ich so in dieser Stellung liege und den Wind über meine Brust fort die Beine entlang schweifen lasse, gemahre ich die zuckende Bewegung, die mein Fuß bei jedem Pulsschlag macht. Ich richte mich halb empor und sehe auf meine Füße, und in diesem Augenblick überkommt mich eine phantastische, fremdartige Stimmung, die ich nie zuvor empfunden; ein leiser, seltsamer Stoß durchfährt meine Nerven, wie wenn Schauer kalten Lichts sie durchjuden. Als ich meine Schuhe ansah, war mir, als hätte ich einen guten Freund getroffen und einen losgerissenen Teil meines Selbst wiederbekommen; ein Wiedererkennungsgedühl durchzittert meine Sinne, Tränen treten mir in die Augen, und mir ist, als seien meine Schuhe ein leise rauschender Ton, der mir entgegenschlägt. Schwäche! sagte ich hart und ballte die Fäuste und sagte noch einmal: Schwäche! Ich verspottete mich selbst wegen dieser lächerlichen Empfindungen, machte mich mit vollem Bewußtsein zum Narren, redete streng und verständig mit mir und kniff die Augen mit Gewalt zusammen, um die Tränen zurückzudrängen. Wie wenn ich meine Schuhe nie zuvor gesehen hätte, fange ich an, ihr Aussehen zu studieren; ihre Mimik, wenn ich den Fuß bewege; ihre Form, das abgenützte Oberleder, und dabei entsetze ich, daß ihre Faseln und weißen Näfte ihnen Ausdruck verleihen, ihnen Physiognomie geben. Etwas von meinem eigenen Wesen war in diese Schuhe übergegangen, sie wirkten auf mich wie ein Hauch gegen mein eigenes Ich, ein atmender Teil von mir selbst. . . . (Fortsetzung folgt.)

Neue Lohnsätze der Kellerarbeiter

Am 4. d. Mts. fand eine stark besuchte Versammlung der im Deutschen Transportarbeiter-Verband organisierten Kellerarbeiter, Arbeiterinnen und Kuischer aus den Weingroßhandlungen, sowie Likörfabriken statt. Nachdem am 29. v. Mts. eine Versammlung der Vertrauensleute und Betriebsräte abgehalten wurde und diese beschlossen hat, den Mitgliedern die neuen Bestimmungen zu empfehlen, wurde nach sehr eingehender Aussprache die Zustimmung zu folgendem Lohnabkommen gegen wenige Stimmen gegeben:

1. Der Wochenlohn beträgt für männliche Arbeiter vom vollendeten 20. Lebensjahre an bei Eintritt in den Beruf 235 M., 2. nach halbjähriger Berufstätigkeit 240 M.; 3. nach einjähriger Berufstätigkeit 245 M.; 4. Auslöcher erhalten pro Woche 10 M. mehr. 5. Der Wochenlohn für Arbeiterinnen vom vollendeten 18. Lebensjahre an beträgt beim Eintritt in den Beruf 155 M.; 6. nach halbjähriger Berufstätigkeit 160 M.; 7. nach einjähriger Berufstätigkeit 165 M.; Flaschenputzerinnen in Likörfabriken erhalten 10 Prozent mehr. 8. Unschliffkräfte, soweit sie ausschließlich in Wein- und Spirituosen-Betrieben beschäftigt sind, erhalten einen Zuschlag von 10 M. pro Woche.

In den Weingroßhandlungen tritt die Erhöhung der Lohnsätze erst nach ein- bzw. zweijähriger Berufstätigkeit in Kraft. Genaue Vereinbarungen sind im Verbandsbureau, Engel-Fer 15, Zimmer 38, zu haben.

Tarifbewegung der Berufsdetektive. Die Vereinigung der Berufsdetektive, (J. D. U.) Internationale Detektiv-Liga, Angestelltenverband e. V., Sitz Berlin-Schöneberg, Hauptstr. 95, steht mit den Arbeitgebern in Tarifverhandlungen, die bis zum 13. d. Mts. beendet sein sollen, andernfalls am 15. d. Mts. der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin sich mit der Regelung befassen wird. Dieses ist seit Bestehen des Detektivberufs der erste Angestelltenverband und die erste Bewegung um eine Besserstellung der Angestellten dieses Berufes zu erreichen. Die Vereinigung bezweckt, wie wir hören, die Ausmerzungen aller unsauberen Elemente im Beruf.

Wichtig! Kreditoren-Personal! Die Tarifverhandlungen sind gescheitert. In der am 14. Oktober, abends 7 Uhr, in Schulzes Frachthöfen, am Königsgraben 2, stattfindenden allgemeinen Sektionsversammlung wird Bericht erstattet und über die weiteren Maßnahmen beraten.

Verbindlichkeitserklärung des Angestelltenrates der Metallindustrie

Der Tarifvertrag vom 28. Juni 1920 für die kaufmännischen und technischen Angestellten der Groß-Berliner Metallindustrie ist nicht dem Ergänzungsvertrage vom 15. Juli 1920 (Kunstgewerbezeichner) am 8. Oktober 1920 für allgemein verbindlich erklärt worden. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 28. Juni 1920, hinsichtlich der Gehaltsbestimmungen und Gehaltsjahre mit dem 1. Juni 1920.

Durch diese Verbindlichkeitserklärung sind alle Groß-Berliner Metallbetriebe, die dem Verband Berliner Metallindustrieller nicht angehören, gezwungen, ihre gesamten Angestellten nach dem Tarif vom 28. Juni 1920 zu entlohnen. Die Betriebs- und Angestelltenräte müssen unverzüglich darauf dringen, daß die Kartierung und die Rückzahlung ab 1. Juni 1920 erfolgt.

Tarifverträge und die Ergänzungen hierzu sowie die gedruckten Protokolle über die Tarifverhandlungen, welche zum Verständnis des Tarifvertrages unbedingt notwendig sind, sind in der Geschäftsstelle des Ortsartells Groß-Berlin der Afa, Belle-Alliancestr. 7/10, täglich von 10 bis 2 Uhr, Sonnabend von 10 bis 1 Uhr, außerdem Montags und Freitags von 5 bis 7 Uhr nachmittags zu haben. Es empfiehlt sich, daß möglichst Sammelbestellungen aufgegeben und die geforderten Exemplare zusammen abgeholt werden. Der Preis des Tarifvertrages ist 1,50 Mark.

Afa, Ortsartell Groß-Berlin.
Ehemaliges Hauptgeschäftszentrum Altes Berlin, die Arbeiter und Arbeiterinnen, die zwischen 17. März 1920 und 10. April 1920 entlohnt werden, haben sich mit der Arbeitsbeschickung beim Vorstand des ehemaligen Haupt-Geschäftszentrums, Altes Berlin, werden gemäß Nachzahlung. Der Arbeiterrat.

Groß-Berlin

Schulnot in Groß-Berlin

Am 12. Oktober beginnt ein neues Schuljahr. Damit löst im Schulwesen Groß-Berlins eine tiefgreifende Neuverteilung ihren Einzug. Die Eröffnung weltlicher Schulen. Leider gibt es neben diesen Lichtseiten im Schulwesen Groß-Berlins auch Schatten-seiten. Vom Schatten wird in überreichlichem Maße der Süd-osten Berlins getroffen. 1500 Schulkinder sollen mit dem 12. Oktober von Reutkölln den Schulen im Südosten Berlins überwiesen werden. Man eröffnet nun nicht etwa neue Klassen für diese Kinder, sondern erhöht die Zahl der Kinder in den Klassen der betroffenen Berliner Schulen auf 55. Durch dieses Schiebegerüst verlieren 36 Lehrer ihre Stellung. Kein Fünkchen sozialen Verständnisses scheint bei den Herren vorhanden zu sein, welche die Verantwortung für dergleichen Anordnungen übernehmen haben. Kennen diese Herren nicht die Not der Junglehrer? Man komme nicht mit dem Einwand, die 36 Lehrer werden in Berlin untergebracht. Würden nicht 36 Reutköllner Schulklassen aufgelöst und würden deren Kinder nicht auf heftigste Berliner Schulklassen verteilt, dann müßte Berlin nicht 36 Reutköllner Lehrkräfte beschäftigen, sondern könnte Neueinstellungen vornehmen. Wo bleibt jedoch vor allem die Rücksicht auf die Kinder? Vor kurzem wies Gen. Dr. Moses in einem Vortragsartikel der „Freiheit“ auf die geschwächte Gesundheit der Kinder hin. Grauensvoll waren seine Schilderungen, und doch waren sie nicht zu schwarz; das weiß jeder, der im Schulleben steht. Jene Herren aber, die verantwortlich sind, für die neuerdings erhöhte Frequenz in den Berliner Schulklassenden Südosten, scheinen eine Ueberfüllung der Schulklassen für das beste Heilmittel gegen Tuberkulose zu halten. Es steht fest, daß sich Reutkölln in Not befindet. Schon viele Jahre hindurch hat es stiegende Schulklassen, wie sie Berlin früher auch kannte. Durch die Energie der sozialdemokratischen Stadtverordneten sind in Berlin diese Zustände beseitigt worden, während in Reutkölln — vielleicht aus finanziellen Gründen — nicht in nötiger Maße für Schulneubauten gesorgt worden ist. Unter dieser Nachlässigkeit darf man jedoch keinesfalls die Berliner Kinder leiden lassen. Das sozialistische Groß-Berlin muß einen anderen Ausweg zur Beseitigung der stiegenden Klassen Reutköllns finden. Wie wäre es mit Barackenbauten als Notbehelf? Auf jeden Fall muß aber die Anordnung rückgängig gemacht werden, die durch Ueberfüllung der Klassen die Gesundheit von Kindern und Lehrern schädigt und die Not der Jung-lehrer vergrößert. Was in anderen Städten — Leipzig und Dres-den haben höchstens 40 Kinder in einer Klasse — möglich ist, muß Groß-Berlin auch leisten können.

Eltern und Lehrer im Südosten Berlins, schließt euch zusammen, wendet euch an die zuständigen Stellen und zwingt sie zu Maßnahmen, die dem Geist der Zeit entsprechen.

Musik und Kunstlehre haben in den kurz bevorstehenden Kurzen der Lichtenberger Volkshochschule (Verwaltungsbezirk 17) weit-gehende Berücksichtigung gefunden. Professor Karl Thiel-Charlottenburg beginnt am 13. Oktober im Lichtenberger Real-gymnasium an der Parkaue (achtmal Mittwochs 8-9½ Uhr mit Ausnahme vom 10. und 17. November, Hörgebühr 6 M.) Vor-lesungen mit musikalischen Erläuterungen, die er „Höhenzüge der Instrumentalmusik“ betitelt hat. Josef Haydn, Beethoven, Schubert, Schumann, Brahms, Berlioz, Liszt, Strauß und Arnold Schönberg werden u. a. in den Kreis der Beiträ-ge gezogen werden. — Direktor Dr. Bolle-Karlshorst wird im Kant-Realgymnasium in Karlshorst unter dem Thema „Richard Wagners dramatische Kunst“ eine Ein-führung in das Verständnis der Tonbremen Wagners mit musikalischen Demonstrationen (am Flügel: Dr. Ender) darbieten. Beginn der Vorlesungen: 14. Oktober (zehnmal Donnerstags 8-9½ Uhr, Hörgebühr 7,50 M.). U. a. werden das Leben und

Wirken, die Jugendwerke (Der fliegende Holländer — Lann-häuler — Lohengrin) und die Hauptwerke Richard Wagners (Meisterfänger — Tristan und Isolde — Ring — Parsifal) be-trachtet werden. — Dr. B. D. O. n. n. Friedenau wird im Cecillien-Palast in Lichtenberg am 16. Oktober (zehnmal Sonnabends 8 bis 9½ Uhr, Hörgebühr 7,50 M.) Vorlesungen über „Große Bildnismaler aus alter und neuester Zeit“ be-ginnen. Lichtbilder und Lumidrehe Farbaufnahmen werden das Verständnis für die Betrachtung von Gemälden von Dürer, Holbein, Leonardo, Raffael, Titian, Rubens, van Dyk, Rembrandt, Hals, Balejaues, Reynolds, Gainsborough, Feuerbach und von modernen Realisten, Impressionisten und Expressionisten erleichtern. — Im „Offenen Zeichenaal“ wird Maler und Zeichenlehrer Müller-Lichtenberg in einer Arbeits-gemeinschaft praktische Übungen zum Erarbeiten von Verständnis für bildende und angewandte Kunst (Schwarzweiß-Kunst, Graphik) veranstalten. Beginn der Übungen: 12. Oktober im Realgymnasium an der Parkaue. (Zehnmal Dienstags 7-9 Uhr abends, Hörgebühr 7,50 M.).

Schwangerenberatung in Reutkölln. Die von der Stadt Reutkölln im Einvernehmen mit der Direktion der Brandenburgischen Provinzial-Gebammenlehranstalt geschaffene Einrichtung einer Schwangeren- und Wöchnerinnenberatungsstelle im Gebäude der Hebammenlehranstalt, Reutkölln, Mariendorfer Weg 28/29, ist nach den an amtlicher Stelle gemachten Beobachtungen noch nicht all-gemein bekannt. An genannter Stelle findet unter Leitung des Oberarztes der Anstalt einmal wöchentlich, und am Donnerstags von 5-6½ Uhr, eine Sprechstunde für werdende Mütter und Wöchnerinnen statt, denen sowohl in gesundheitlicher, wie wirt-schaftlichen und juristischen Fragen unentgeltlich sachmännliche Auskunft und Beratung zuteil wird. — Neben dieser eigentlichen Schwangerenberatung besteht im Reutköllner Rat-haus, Zimmer 226, 2 Treppen, eine allgemeine Frauenberatungs-stelle, in der sämtliche Fälle von Frauennot und Frauenratslosig-keit behandelt werden. Diese Dienststelle, die unter bewährter weiblicher Leitung steht ist täglich (außer Donnerstag) von 11 bis 12 Uhr geöffnet.

Zunahme der Einäscherungen. Die Zahl der Einäscherungen in den deutschen Befattungen war im Laufe des Jahres etwas zurüdgegangen, ist aber im August wiederum um so viel gestie-gen, daß die ersten acht Monate des Jahres bereits eine kleine Zunahme gegen das Vorjahr, von 11 110 auf 11 143 brachten. Ingesamt sind bis jetzt in Deutschland 146 699 Leichen einge-äschert worden. Im August fanden 1177 Einäscherungen statt, und zwar in Augsburg 1, Baden-Baden 7, Berlin 270, Braun-schweig 15, Bremen 49, Chemnitz 45, Coburg 15, Danzig 9, Darm-stadt 4, Dessau 8, Dresden 58, Eisenach 20, Eplingen 2, Frank-furt am Main 20, Freiburg 6, Friedberg 2, Gera 17, Göttingen 3, Götting 15, Gotha 45, Greifswald 6, Hagen 2, Halle 10, Hamburg 61, Heidelberg 12, Heilbronn 5, Hirschberg 8, Jena 19, Karlsruhe 6, Kiel 16, Königsberg i. P. 12, Konstanz 2, Krefeld 6, Leipzig 89, Lübeck 5, Mainz 26, Mannheim 32, Mei-ningen 6, München 43, Nürnberg 15, Offenbach 16, Pforzheim 6, Plauen 10, Pöhlitz 7, Reutlingen 3, Sonneberg 10, Stuttgart 31, Tilsit 3, Treptow 43, Ulm 7, Weimar 8, Wiesbaden 16, Zittau 15, Zwickau 10.

Charlottenburg. Der Leiter der Schwerhörigenschule Hill, mit Ausnahme der Ferien, an jedem Mittwoch und Sonn-abend, von 12-1 Uhr, in der städtischen Schwer-hörigenschule, Spreckr. 22, eine pädagogische Sprech-stunde ab, in welcher den Angehörigen von Schwerhörigen, er-taubten und taubstummen Kindern unentgeltlich Rat und Auskunft erteilt wird.

Der Weltuntergang. Die Frage nach dem Weltuntergang hat für den klardenkenden Menschen eigentlich nur einen beschränkten Sinn, denn sie ist durch keinerlei Erfahrungen eingegeben. Dennoch wird sie immer wieder gestellt, weil die historische Entwicklung über die Mythe führte, und diese die Frage sowohl nach dem Ent-standen wie dem Vergehen alles Seins erzeugte. Um diese Dinge hat die Zeit einen dichten Sagenschleier gewoben. Mit diesem ist aber dem Trager nicht gebiert, denn er wünscht eine richtige

Jedesmal, wenn Sie zu uns kommen, finden Sie etwas Überraschendes, Ihnen besondere Freude Bereitendes. — Immer wieder werden Sie die großen Vorteile erkennen, die ein Kauf bei uns Ihnen bietet. Denn von allem finden Sie bei uns stets das Allerneueste, Modernste zu den billigsten Preisen wie

C & A



Dieser Mantel, in dem ein ganz vor-züglicher Stoff verarbeitet ist, weiß, flauschig, aus reiner Wolle und in schönen grünen und hellbraunen Farbtönen dezent karziert. Seine Verarbeitung ist streng modern und elegant mit schönem großen, hoch-stilpharen Kragen und großen Manschetten. Und unser Preis für diesen in jeder Beziehung be-grenzten Mantel ist doch nur

395.-

Königstr. 33 (Chausseestr. 113)
am Bahnhof Alexanderplatz beim Stettiner Bahnhof

